

Proletarier

Internationaler Kommunistischer Partei

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 15 - Sept./Okt. 1981

Preis
1 DM

Erst der Bürgerkrieg, dann der Frieden

Was war das Ergebnis der "Entspannungspolitik"? Führte sie zur endgültigen "Sicherung des Friedens", wie uns der Kreml und das Weiße Haus, Bonn und Paris weismachen wollten? Und was war das Ergebnis der "Abrüstungsverhandlungen"? Wie kommt es, daß am Ende einer Ära der Entspannung und des erklärten Abrüstungswillens die internationalen Spannungen mit der heutigen Schärfe ausbrechen und die Welt einem tödlichen Waffenlager gleicht? Es ist offensichtlich, daß Aufrüstung und Militarismus eine allgemeine Tendenz darstellen, die sich auch hinter dem Mantel des "Abrüstungswillens" fortsetzt und zuspitzt; es ist offensichtlich, daß die "Entspannung" nur einem zeitweiligen Interessenausgleich entsprach und daß dieser Ausgleich nur die Grundlage für den verschärften Ausbruch von Spannungen auf ökonomischer, politischer und militärischer Ebene schuf.

Diese Tatsachen selbst zeigen, daß keine Bewegung zur Fortsetzung der Entspannungspolitik, kein Drängen auf Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen, keine pazifistische Bewegung den Kurs auf den Krieg unterbrechen oder umkehren kann: Selbst als die verschiedenen imperialistischen Staaten auf einen friedlichen Interessenausgleich aus waren, lief dieser Kurs weiter; und heute wird der imperialistische Krieg offen und auf Volldampf vorbereitet! Aber wenn die pazifistische Bewegung den Frieden nicht sichern kann, welche Funktion erfüllt sie objektiv? Wird die Angst vor dem Krieg nicht vielleicht ausgebeutet, um vor allem die Arbeiterklasse für die Sicherung anderer Interessen zu manipulieren? Denn bei der Hervorbringung der Friedensbewegung ergänzen sich als Ursache und Träger die USA mit ihrem allgemeinen Druck auf die ganze Welt - ihrer entfesselten Politik des "dicken Knüppels" - und die UdSSR, die einen militärischen Druck auf Europa mit Bekundung ihres Friedenswillens verbindet; die Sozialdemokratie, die zugleich bei Aufrüstung und Friedensbewegung mitmacht, die Gewerkschaften, die DKP usw. Was wollen Staaten und Organisationen, die lauter Tragsäulen der herrschenden Weltordnung und der bestehenden Staaten bilden, was streben sie mit der Friedensbewegung an? Es gibt zwei Möglichkeiten. Erstens: Die Angst vor dem Kriege soll auf die Ebene der hilflosen Appelle und Proteste gelenkt werden, damit sie in Verwirrung und Demoralisierung verpufft und um zu verhindern, daß sie sich in Haß und Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung verwandelt, d.h. um zu verhindern, daß eine revolutionäre Bewegung gegen den Krieg entsteht. Und zweitens,

da sich hinter den "Friedensbestrebungen" die Kriegsvorbereitungen fortsetzen: Die Friedensbewegung soll zu einem Faktor in den imperialistischen Auseinandersetzungen werden, d.h. die Angst vor dem Krieg wird geschürt und manipuliert, um Bündnisse zu stärken, Bündniswechsel zu begünstigen, kurzum im Interesse bestimmter imperialistischer Staaten und Blöcke. Tatsächlich ergänzen sich beide Möglichkeiten, und beide Ziele werden zugleich verfolgt.

Die Vorbereitung des Weltkrieges, dessen Hauptkontrahenten die USA und die UdSSR sein werden, ist untrennbar von einem wahren Rennen, um bestehende Bündnisse zu festigen und Verbündete des Gegners zur Neutralität oder zum Bündniswechsel zu verleiten. Und dieser Kampf erfolgt heute nicht mehr allein mit den Mitteln des ökonomischen, politischen und diplomatischen Drucks, sondern auch des militärischen Drucks. Westeuropa und namentlich der Bundesrepublik kommt in der Bündnisfrage eine besondere Bedeutung zu. Beide Supermächte üben daher einen zunehmenden militärischen Druck auf dieses Gebiet aus. Die Amerikaner versuchen, die BRD auf totale Bündnistreue im kommenden Krieg gegen die UdSSR zu trimmen; die SU setzt ihrerseits die potentielle Gewalt ihres Militärapparats ein, um auf dieser Grundlage einen "friedlichen" Ausgleich mit dem deutschen Imperialismus anzubieten. In diesem Zusammenhang nutzt sie die Fried-

ensbewegung aus; auf jeden Fall muß sie Zeit gewinnen, denn auf einen Zweifrontenkrieg mit den USA ist sie nicht vorbereitet, zumal an der anderen "Demarkationslinie" durch den Bündniswechsel Chinas eine für sie extrem ungünstige Lage entstanden ist. Der deutsche Imperialismus, dessen weltweite Interessen durch das Bündnis mit den USA politisch und militärisch geschützt werden, sieht sich inzwischen jedoch auch dem Druck einer wachsenden ökonomischen Konkurrenz mit den Yankees ausgesetzt, während seine wachsenden Interessen im Ostblock vom politischen und militärischen Schutz der UdSSR und von einem Ausgleich mit ihr abhängen. Während die USA drängen, möchte die deutsche Bourgeoisie Zeit gewinnen, zwischen beiden Fronten lavieren und die "Entspannung fortsetzen". Diese Politik wird ihr von ihren nationalen und imperialistischen Interessen diktiert. In diesem Zusammenhang nutzt sie die Friedensbewegung aus. Gerade wegen ihrer weltweiten ökonomischen Interessen, gerade weil sie den Rang einer imperialistischen Macht hat, gerade weil sie sich - wie sie auch handeln mag - immer "auf ein und denselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik" bewegt, kann sich die deutsche Bourgeoisie einer Beteiligung am imperialistischen Krieg nicht entziehen. Selbst wenn sie es möchte, könnte sie es nicht.

Fortsetzung auf S. 4

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Kampfmittel Hungerstreik | Zäher Streik der kolumbianischen Seeleute |
| Kampfmittel Solidarität | Massenabschiebung von Tamilen |
| Bedeutung und Grenzen von Tuwat | Krise der „Autonomia“ |
| Sozialdemokratie und DGB als „Friedensbewegung“ | Bedeutung des Aufruhrs von Casablanca |
| Alternative Kommunalpolitik | Libanon Repressionswelle in Iran |
| Zur Rolle der „fortschrittlichen Kirche“ | Das chinesische Proletariat wacht auf! |

„Frust“ - Kapitulation - Vereinnahmung durch den Gewerkschaftsapparat

Plädoyer für eine klassenmäßige Betriebsarbeit

In der TAZ erschien eine Reihe von Stellungnahmen zum Thema Betriebsarbeit. In fast allen wird die allgemeine Enttäuschung über die Mobilisierungsmöglichkeiten im Betrieb deutlich. Diese Enttäuschung über den proletarischen Kampf steht ohne Zweifel im Zusammenhang mit der Auflösung der linken Gruppen und mit der Tendenz zur Hinwendung zur alternativen Ideologie, welche Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft sucht und die Klassenfrage ausklammert. Schon allein die Tatsache, daß man seit einiger Zeit einen totalen Frust drauf hat, zeigt, daß man mit Illusionen, d.h. mit falschen Erwartungen und Perspektiven, an die Betriebsarbeit herangegangen ist. Mit diesen falschen Erwartungen und Perspektiven muß man abrechnen, und nicht mit der Betriebsarbeit im allgemeinen.

Die Betriebsarbeit, um die es hier geht, entstand in Opposition zur offenen Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsapparate und hatte zwei Quellen. Die eine ging von den Betrieben und den Basisgliederungen der Gewerkschaften aus, von den Erfahrungen mit den wilden Streiks und der verheerenden Aktion der Gewerkschaften. Die andere ging von der Studentenbewegung und den damit entstandenen "linken" Ideologien aus. Mit der DKP, die auf dieser Ebene ein reines Anhängsel des Apparates ist, beschäftigen wir uns hier nicht. Was die Gruppen angeht, die aus der Studentenbewegung hervorgingen und oft sogar studentische Mitglieder in die Betriebe schickten, waren die Enttäuschung und der Verschleiß eh einprogrammiert, denn

sie schwanken wechselbadartig zwischen zwei falschen Positionen: Einerseits die Arbeiterklasse sehr schnell mobilisieren und in den großen revolutionären Kampf führen zu können. Mit dieser Perspektive wurde im Grunde gar keine Betriebsarbeit geleistet, es wurden allein Phrasen gedroschen, und den apparathörigen Kräften blieb das Feld der gewerkschaftlichen Arbeit auf der Ebene der Betriebe (geschweige denn überbetrieblich) nach wie vor voll und ganz überlassen. Damit erreichte man lediglich das Ergebnis, den Marxismus, den Kommunismus, die revolutionäre Politik und den Parteibegriff, auf die man sich leider berief, in den Augen der Arbeiter (und schließlich in den eigenen Augen!) völlig zu diskreditieren. Andererseits (und meistens mit dieser ersten Perspektive vermischt) wollte man auf gewerkschaftlicher Ebene den "langen Marsch durch die Institutionen" wiederholen, d.h. die Hebel des Apparates an sich reißen, zu welchem Zweck man die Demokratisierung der starren Gewerkschaftsstrukturen verfolgte. Damit täuschte man sich bezüglich der Natur der Apparate, die nach einer langen Entartung in der Nachkriegszeit wieder aufgebaut wurden. Sie wurden als Organe der Klassenzusammenarbeit, als gewerkschaftliche Apparate einer sozialdemokratisch beherrschten Koalition politischer Strömungen der Bourgeoisie gebildet. Eine "Demokratisierung" derartiger Institutionen, eine irgendwie geartete Ausrichtung auf ihre "Unterwanderung" bedeutet in Wirklichkeit, daß die Energien, die für die

kämpferische Mobilisierung und Organisation der Kollegen im Betrieb eingesetzt werden sollten, verschlissen und gelähmt werden im Kampf um diese "Demokratisierung" oder im Räderwerk des Apparates, daß diese Energien vom Apparat entweder in Scheingefechten neutralisiert oder ausgenutzt und schließlich direkt ert werden. Und tatsächlich ist nicht der reine "Frust" oder die Kapitulation in Form einer Abkehr von der Betriebsarbeit die wesentliche Tendenz gewesen. Die wesentliche Tendenz war die der Kapitulation in Form des Umklippens auf die Seite des Apparates, die Verrat zu nennen angesichts des Ausgangspunktes wohl übertrieben wäre. D.h. nicht, daß man innerhalb der Basisgliederungen der Gewerkschaften wegen der damit verbundenen Gefahren nicht arbeiten soll. Aber um diese Frage geht es hier nicht, sondern darum, daß eine Betriebsarbeit mit Klassenperspektive, d.h. ausgerichtet auf die Arbeiterklasse und auf die Stärkung ihrer Kampffähigkeit trotz des Gewerkschaftsapparates (und mit Sicherheit auch gegen den Willen und die Kontrolle dieses Apparates) nicht geleistet wurde. Man hat im Gegenteil Illusionen bezüglich dieses Apparates gestärkt und, sofern das ging, als Feigenblatt des Apparates funktioniert.

Verständlicherweise wurden auch die kämpferischen Arbeiter, die sich in Opposition zu den Schweinereien der Gewerkschaften und überhaupt zu der Gewerk-

Fortsetzung auf S. 8

Ab sofort lieferbar:

W. Polsce tak samo walka klasy robotniczej

Diese 42-seitige Broschüre mit dem Titel "Auch in Polen: der Kampf der Arbeiterklasse" enthält die polnische Übersetzung der grundlegenden Artikel zu den Arbeiterkämpfen und der allgemeinen Lage in Polen, die seit Sommer 1980 in unserer internationalen Presse erschienen sind.

Wir fordern alle Leser auf, jede Möglichkeit und jeden Kontakt auszunutzen, um sie den interessierten Leuten zukommen zu lassen.

Bestellungen bei der Kontaktadresse
Preis: DM 3,-

Erneuter Kniefall aller arabischen Staaten und der PLO vor dem US-Imperialismus

Die Entspannung im Libanon ist eine Kriegserklärung an die palästinensischen und libanesischen Massen

Zu Beginn der 70er Jahre wurde der Libanon zum Brennpunkt der sozialen Bewegung im Nahen Osten, und zwar aus zweierlei Gründen: einerseits mußten hier noch wichtige, für die kapitalistische Entwicklung notwendige Reformen durch die sich entfaltende muslimische Bourgeoisie gegen die christlich-maronitische Grundbesitzer- und Geldaristokratie erkämpft werden; andererseits war nach Hussein's Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen (der "Schwarze September" 1970) der Libanon noch das einzige Aufmarschgebiet für die Palästinenser gegen den verhassten Siedlerstaat Israel. Für den Imperialismus war klar: durch das Aushandeln einer Demokratisierung des Staates sollten die Kastenprivilegien abgebaut und ein neuer Konsens zwischen allen bürgerlichen Schichten erreicht werden, um diese Bruchstelle der bürgerlichen Diktatur zu kitten, von der sonst nur allzu leicht die libanesischen und bewaffneten palästinensischen Massen profitieren konnten.

Als dann 1976 der Bürgerkrieg doch ausbrach, nicht zuletzt wegen der Unbezahlbarkeit der Massen und der Halsstarrigkeit der archaischen Sektoren der libanesischen Bourgeoisie, gab es nur noch eine Möglichkeit: Syrien intervenierte, unterstützt von der "Arabischen Liga", einerseits um den muslimischen Flügel der libanesischen Bourgeoisie zu stärken und die Demokratisierung des Staates abzusichern und zu beschleunigen und andererseits um die soziale Revolte der Massen gleich welchen Glaubens durch die "antizionistische" Rhetorik zu desorganisieren und schließlich blutig niederzuwerfen. Syrien wurde somit als soziale Feuerwehr zu einem äußerst wichtigen Stabilisator des imperialistischen status quo. Als Belohnung durfte es sich einen maßgebenden Einfluß im Libanon sichern, womit es seinem eigenen Interesse, der Annexion Libanons, schon sehr nahe kam. Damit war aber die Verschärfung des Gegensatzes zu Israel einprogrammiert. Die Maroniten, nachdem sie mit den Syrern zusammen das Massaker an den Palästinensern im Flüchtlingslager von Tell el-Saatar veranstaltet hatten, schluckten die "von außen aufgezwungene" Demokratisierung und den damit einhergehenden syrischen Einfluß nicht und bauten eigene Machtstrukturen auf: Libanon zerfiel in lauter kleine Einflußgebiete der verschiedenen Fraktionen und Unterfraktionen der libanesischen herrschenden Klassen.

o o

Die Kämpfe im April dieses Jahres nun hatten ihren Anlaß darin, daß die Falange Gemayels in und um Zahlé anging, Positionen auszubauen, die eine wichtige militärische Bedeutung haben (Kontrolle der Bekaa-Ebene), was zu einer eminenten Verschiebung des Kräftegleichgewichts zu Ungunsten der Syrer geführt hätte. Syrien verhinderte das durch die Belagerung und Beschießung Zahlés. Das erneute Aufflammen militärischer Aktivitäten in dieser strategisch

wichtigen Region hatte Ausstrahlungen im ganzen Land: Überall, vor allem in Beirut, gerieten die Christen und die Muslime aneinander, und die palästinensischen und libanesischen Massen drohten, sich wieder in Bewegung zu setzen und den erneuten Bruch in der Bleiplatte des imperialistischen status quo zu einem Vorstoß zu nutzen.

An diesem Punkt mußte Israel eingreifen. Es ist Verbündeter der christlichen Milizen, beliefert sie mit Waffen usw., einerseits weil diese ein Bollwerk gegen den syrischen Einfluß sind und andererseits weil es von einer Demokratisierung des Staates eine zu starke Stimulierung palästinensischer Aktivitäten befürchtet und deshalb lieber für die Aufrechterhaltung der christlichen Vorherrschaft eintritt. Als dann die Falange mit den Syrern um Zahlé in Kämpfe verwickelt würde, konnte das Zionistenpack natürlich nicht tatenlos zusehen, würde es damit doch einen wichtigen Verbündeten aufs Spiel setzen.

Das alles soll natürlich nicht so interpretiert werden, als ob Syrien und die anderen arabischen Staaten auf der Seite der Freischärler stünden, sie verfolgen bloß eine andere Methode der Niederhaltung, die Methode des "antizionistischen" Gesabbers und der faktischen Entwaffnung und Knebelung der Palästinenser. Aber auch sie sind zu Gewaltanwendung bereit, wie der "Schwarze September" und das Massaker von Tell el-Saatar zeigen. Dabei zögern sie jedoch nicht, die Palästinenser gegen Israel für ihre eigenen nationalen Interessen auszunutzen.

Das Problem lag nun darin, daß der US-Imperialismus Syrien seinerzeit ein äußerst großes Gewicht eingeräumt hatte, daß das aber andererseits kein Dauerzustand werden durfte, schon allein aus dem Grunde, daß eine "antizionistische" Rhetorik sich schlecht mit einer fortwährenden Unterdrückung des palästinensischen Widerstands verträgt und zu Abnutzungerscheinungen führen mußte. Aber auch gewisse Verpflichtungen der USA Israel gegenüber und die Tatsache, daß Syrien ein Verbündeter der UdSSR ist, sprachen für eine Verringerung des syrischen Gewichts im Libanon. Wahrscheinlich befürchtete Syrien jetzt nach der Festigung des israelisch-ägyptischen Friedens eine Ausbootung aus Libanon wegen der "neuen" antisowjetischen Offensive der USA und insbesondere wegen einiger Mißfallensbekundungen Haigs hinsichtlich der syrischen Libanonpolitik auf dessen Nahostreise im Frühjahr, wo er demonstrativ an Damaskus vorbeigereist war.

Die Kontrolle der Bekaa-Ebene, um die die Kämpfe entbrannt waren, hängt nun eng mit der Kontrolle des entsprechenden Luftraumes zusammen. Nach dem Abschub zweier syrischer Helikopter bei Zahlé durch die israelische Luftwaffe verschob Syrien SAM-6-Flak-Raketen in die Bekaa-Ebene und stellte sich stur. Natürlich

war keine Seite auf einen Krieg aus, sondern es ging lediglich darum, sich Positionen zu sichern, die dann letztendlich vom anerkannten Schiedsrichter, dem Yankee-Imperialismus, bestätigt werden mußten. Dabei unterließ man es auch nicht, die Sache entsprechend innenpolitisch auszuschlichten. Die amerikanische Bourgeoisie schickte nun ihren Nahostexperten und gebürtigen Libanesen Philipp Habib in die Region und ließ ihn die Sache aufklären. Erstmals wurden die Israelis etwas zurückgepfiffen und die Syrer beruhigt, daß man sie nach wie vor für die konterrevolutionäre Knebelung der arabischen Massen benötige. Aber andererseits, und hier benutzte man Saudiarabien bzw. die "Arabischen Liga" als Transmissionsriemen, mußte man Syrien klarmachen, daß man ein weiteres Vordringen im Libanon nicht akzeptieren würde. Der amerikanische, aber auch der französische Imperialismus wie auch verschiedene andere Staaten in der Region (z.B. Ägypten, Israel oder Irak) haben etwas gegen zu viel syrischen Einfluß auf Libanon, weil das die wirtschaftliche Basis und militärstrategische Stellung Syriens wesentlich verbessern würde (Zugang zum Mittelmeer).

Als der finanzielle Druck der Ölseiche, dieser Anhängsel von Wall Street, nicht ausreichte, zeigte man indirekt ein paar der "amerikanischen Muskeln", die ja noch öfter in dieser Angelegenheit zu sehen waren: Man ließ Israel ein bißchen durch die Gegend bomben. Mit der Zerstörung des Reaktors bei Bagdad sollte (nicht nur) Syrien demonstriert werden, wer der Herr im Hause ist, und dies ohne Gefahr einer Eskalation, da der Irak infolge des Kriegs mit dem Iran nicht reagieren konnte. Der Anschlag gestattete es den USA durch das Spiel der "Waffenverweigerung" erneut zu zeigen, daß sie allein Einfluß auf den Schlächter von Jerusalem haben. Und sofort kamen alle arabischen Staatsmänner angewinselt und leckten dem Yankee die Stiefel. Bei dieser Episode zeigte sich wieder, daß Israel der verlässlichste Stützpfiler der Amerikaner in der Region ist und bleibt.

Assad hatte verstanden, und mit dem sanften Nachdruck der finanziellen Macht der Saudis zwang man Syrien zur Verbeugung: Die Syrer hoben den Belagerungsring um Zahlé auf, die christlichen Milizen zogen ab und libanesischen Truppen besetzten die Stadt. Der libanesischer Präsident Sarkis erblickte hierin wohl einen Schritt zur Festigung des libanesischen Staates und schlug vor, alle Milizen sollten sich mit der restlibanesischen Armee vereinigen. Aber Gemayel stellte die Bedingung, daß die Syrer erst abziehen müßten, während die muslimische Linke forderte, daß die Christen ihre Zusammenarbeit mit Israel einstellen sollten. Begin meinte nun wieder, daß, solange der libanesischer Staat nicht in der Lage sei, die Palästinenser zu "kontrollieren", Israel sich gezwungen sähe, die

Sache zusammen mit den Christen selber in die Hand zu nehmen.

Die Stabilisierung Libanons ist nämlich ein wichtiges Ziel der imperialistischen Politik bei der Stabilisierung des status quo im Nahen Osten. Sie ist aber nur möglich, wenn der libanesischer Staat instand ist, die Palästinenser zu "kontrollieren". Das ist heute jedoch noch nicht der Fall, denn man braucht ja noch die Syrer, die Falangisten, die israelischen Angriffe und die Präsenz der PLO. Das heißt, vor der Stabilisierung Libanons muß die palästinensische Frage geklärt werden. Die Lösung, die von den arabischen Bourgeoisien anvisiert wird, nämlich die Abschiebung der Palästinenser in einen noch zu bilden Staat (der im Grunde ein Reservat sein wird), findet noch keine ausgesprochene Gegenliebe bei den USA und vor allem bei Israel, weil keine Gewähr besteht, daß die PLO die Massen in diesem palästinensischen Bantustan auch wirklich kontrollieren kann.

Entsprechend dieser Sachlage wurden die Habib-Verhandlungen auch die ganze Zeit von einer Neuaufgabe der faktischen syrisch-israelischen Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Palästinenser begleitet: Während Syrien "antimperialistische" Lieder sang und "Drohnen" fing (israelische unbemannte (!) Aufklärungsflugzeuge), zog Israel ungestört im Libanon vom Leder: ein Bombenangriff nach dem anderen wurde gegen die Palästinenser geflogen. Letztere wehrten sich verzweifelt mit ein paar Katjuschas, aber sie blieben allein dem Bombenhagel, grausam wie lange nicht mehr, ausgesetzt. Keine Hilfe von Damaskus!

Aber die Amis hatten noch etwas anderes vor. Das "Zuckerbrot", mit dem die palästinensischen Massen geködert werden sollten, die PLO, mußte man einerseits in den Augen der Massen aufwerten und andererseits sich gefügig machen, und so schickte man den Schlächter von Jerusalem ein weiteres Mal vor: Bomben auf PLO-Büros in Beirut. (Nebenbei gesagt, auch eine gehörige Einschüchterung der libanesischen radikalen Massen.) Aber der UNO-Palästinenser Arafat hatte verstanden, welche Stunde geschlagen hatte: Willst du von Israel in Ruhe gelassen werden, mußst du dich an die Amis wenden; da wirst du schon erfahren, was du machen mußt. Ende Juli wurde dann jener denkwürdige Waffenstillstand zwischen zwei Parteien geschlossen, die sich gegenseitig nicht anerkennen: die PLO verpflichtet sich, die Palästinenser-Lager an die Kandarre zu nehmen, und Israel braucht dann nicht mehr andauernd "libanesischer Souveränität" zu verletzen. Arafat ging auch gleich ans Werk und donnerte gegen die beiden Palästinenser-Organisationen, die sich nicht an den Waffenstillstand halten wollten (es handelt sich um die PFLP-GC und um die DFLP), daß auch sie sich daran zu halten hätten, sonst würden man dem schon nachzuhelfen. Und Major Haddad, der getreue Weggenosse Israels
Fortsetzung auf S. 4

DIE REPRESSIONSWELLE IM IRAN

Der Iran kommt nicht zur Ruhe. Die durch die sozialen Unruhen, den Zusammenbruch der Erdölproduktion, die internationale Wirtschaftskrise und den Krieg gegen den Irak - diesen anderen Kurdschlächter - verursachte Wirtschaftskrise zwingt die Arbeiterklasse und die ausgebeuteten städtischen und ländlichen Massen immer wieder dazu, ihre Lebensbedingungen in großartigen und heldenhaften Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Auseinandersetzungen zu verteidigen. Ob es um die 40-Stunden-Woche, den Erhalt des Reallohns, die Beibehaltung der von den Arbeitern selbst geschaffenen Fabrikräte oder um den Kampf gegen die Wohnraumzerstörung geht, die proletarischen und verelendeten Massen bieten der iranischen Bourgeoisie trotz des Kriegszustands und der selbst zu Schah-Zeiten ungeschehenen blutigen Repression immer wieder von neuem die Stirn. (Im Frühjahr z.B. streikten 12000 Automobilarbeiter und 10000 Busfahrer; in Teheran gab es auch eine Demonstration von Frauen gegen die Wohnraumzerstörung.)

Darüberhinaus setzen die kurdischen Massen ihren Kampf für das Selbstbestimmungsrecht unbeirrbar fort. Kein Tag vergeht ohne ein Massaker in Kurdistan, diesem Nordirland Irans. Die kurdischen Massen haben sich bewaffnet und, wo es möglich ist, versuchen sie, eigene Stadtverwaltungen zu bilden. Sie entwerfen die "Pasdaran" (die sog. "Revolutionsschützer"), sodaß die "islamische Gerechtigkeit" sich nur noch durch Artilleriebeschuß, Wirtschaftsblockade und Luftwaffenbombardements Geltung verschaffen kann.

In dieser Situation braucht die iranische Bourgeoisie einen Staatsapparat, der mit einer eisernen Hand geführt wird. Deshalb wurden die "Liberalen" um Bani Sadr ausgebootet. Ein offener Kampf zwischen diesen beiden bürgerlichen Fraktionen wurde ausgetragen, um dem Staat eine *einheitliche Führung* zu geben. Während die "islamischen Fundamentalisten" (deren Islam allerdings nicht sehr "fundamental" sein kann, nehmen sie doch ohne weiteres Waffen vom "zionistischen Todfeind" an, die dieser wiederum nur vom "amerikanischen Satan" haben kann; der "Islam" erweist sich hier ein weiteres Mal nur als Verschleierung der bürgerlichen Diktatur) während also die "Fundamentalisten" die Rolle des Bluthundes übernehmen, frischt sich die "liberale" Opposition um Bani Sadr und dessen neue Verbündete, die Modjahedin, im "Untergrund" bzw. Exil auf, um die Massen von neuem unter die Fittiche der Bourgeoisie zu bringen, indem sie in ihnen die Hoffnung erweckt, daß eine "liberale Herrschaft" ihnen Erleichterung bringen würde.

Aber die Arbeiterklasse und ausgebeuteten Massen Irans und Kurdistans werden sich bestimmt an all die gewaltsame Unterdrückung erinnern, die von Bani Sadr ausging, der bis zuletzt Khomeini Treue geschworen hatte: Er selbst war es, der die Zerbombung der Städte und Dörfer Kurdistans angeleitet hatte, er selbst war an der brutalen Schließung aller iranischen Universitäten und an der Gleichschaltung des gesamten öffentlichen Lebens, das sich unter dem Druck der bewaffneten Massen entwickelt hatte, be-

teiligt, er hatte nie etwas zur Verteidigung der politischen Gefangenen getan. Sein Disput mit Khomeini ist ein Disput unter Unterdrückern über die beste Methode, die Macht für die Unterdrückung zusammenzufassen.

Seit der Zentralisierung der Macht in den Händen der Geistlichen hat die iranische Bourgeoisie eine Repressionswelle sondergleichen entfesselt. Sammelhinrichtungen von politischen Gefangenen und Ermordung von kämpferischen Elementen zu hunderten gehören mittlerweile zum Alltag, ganz abgesehen von all den anderen Methoden der Einschüchterung und Vernichtung des politischen und sozialen Gegners. Getroffen von dieser Verfolgung sind einerseits die Anhänger Bani Sadr's und vor allem der mit ihm verbündeten Modjahedin, was nicht allein gegen die unter ihrer Führung kämpfenden rebellischen Massen gerichtet ist, sondern in erster Linie eine Bedeutung innerhalb der tragenden Kräfte des Regimes hat: Hier spielt sich ein Flügelkampf mit allen Mitteln der Einschüchterung ab, um eine Vereinigung der bürgerlichen Kräfte wieder zu erreichen. In diesen Zusammenhang muß man auch die von den Modjahedin organisierten Attentate gegen führende Personen der Geistlichkeit stellen, durch deren Liquidierung man sich eine leichtere Vereinigung mit dem Islamischen Apparat erhoffte. Von dieser Repression werden aber andererseits Gruppen wie die Fedayin (Minderheit) oder Peykar getroffen. Die Bourgeoisie bekämpft sie, weil sie trotz eines Programms und einer Orientierung, die weit hinter den Bedürfnissen des Kampfes zurückliegen (sie propagieren eine neue demokratische Revolution), als Katalysa-

tor des Kampfes und als Organisationspol für die ausgebeuteten und verarmten Massen dienen.

Es ist unsere Aufgabe als kämpferische Proletarier, diesen Opfern der bürgerlichen Repression in Iran eine proletarische und internationalistische Solidarität entgegenzubringen, zumal der iranische Staat voll und ganz vom Imperialismus, und nicht zuletzt vom deutschen Imperialismus (Waffen- und Ersatzteillieferungen usw.) abhängig ist.

Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, diesen Militanten, die sich bereitwillig opfert für den Kampf gegen den letztendlich gemeinsamen Gegner und mit einer großartigen revolutionären Kühnheit bewaffnet sind, zu zeigen, daß die im Iran heranreifende Revolution Teil der *proletarischen Weltrevolution* sein wird, auch wenn sie noch bürgerliche Aufgaben (politische Freiheiten für die Arbeiterklasse, Agrarrevolution, Nationalitätenfrage) durchführen muß, und daß man sie, egal wie weit sie noch entfernt sein möge, von heute an in einer *internationalen und internationalistischen* Perspektive und in Richtung auf die Organisation der proletarischen Avantgarde in einer *kommunistischen Weltpartei* vorbereiten muß.

Die Militanten und Sympathisanten der Partei sowie alle kämpferischen Elemente sind aufgefordert, jeden Kontakt zu den militanten Iranern zu nutzen, um Informationen über die proletarischen Kämpfe in Iran zu bekommen, Informationen, denen wir maximale Verbreitung verschaffen müssen!

Die Bedeutung des Aufruhrs von Casablanca

Die drakonischen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, die Marokko vom Internationalen Währungsfonds (IWF) diktiert wurden, bildeten den Auslöser für die explosionsartigen Unruhen der proletarisierten und ausgebeuteten marokkanischen Massen. Der Zorn der Arbeiter und des Volkes, der sich bereits seit einigen Jahren bemerkbar macht und der durch den "Grünen Marsch" vorübergehend aufgefangen werden konnte, weist auf die dramatische soziale Lage hin, welcher die ausgebeuteten Massen ausgesetzt sind.

Der Anfang der 60er Jahre einsetzende Prozeß der Enteignung, Verelendung und kapitalistischen Akkumulation ging für die kleinen Fellachen und die proletarisierten Massen mit immer unerträglicher werdenden Lebensbedingungen einher. Die Beschlagnahme der Ländereien, die sich zuvor in den Händen des Siedler befunden hatten, ermöglichte es dem Staat der mit dem französischen Imperialismus verbundenen Großgrundbesitzer und Großbourgeois, umfangreiche Investitionen in der Landwirtschaft zu tätigen.

Der Bau von Staudämmen und die großen Bewässerungsarbeiten führten zu den folgenden Konsequenzen:

a) Der Staat fand eine ideale Gelegenheit, um seine Herrschaft auf dem Lande zu festigen, wo ja bis Ende der 50er Jahre anticoloniale und antif feudale Revolten stattgefunden hatten (man denke an die Erhebung von Rif im Jahre 1958).

b) Aufkommen einer Agrarbourgeoisie, die in ökonomischer Hinsicht mit der mittleren und kleinen Handelsbourgeoisie der Städte verbunden ist. Gleichzeitig ist sie aber auch durch tausend Fäden mit der herrschenden Macht verbunden, was angesichts des Charakters der "Agrarreform" leicht verständlich ist, die ja vom französischen Imperialismus diktiert wurde, um eine wirkliche Agrarrevolution bäuerlichen Charakters zu verhindern.

c) Wachsende Verelendung der Kleinbauernschaft infolge der "Agrarreform": Den armen Bauern wurde der bei den Siedlern beschlagnahmte Boden vorenthalten. Schlimmer noch, die Entschädigung der Siedler und die enormen Kosten der staatlichen Investitionen in der Landwirtschaft veranlaßten den Staat, seinen Druck auf die arbeitende Bauernschaft zu vergrößern: Erhöhung der direkten und indirekten Steuern. Unter dem Vorwand der "Flurbereinigung" beschleunigte der Staat gewaltsam den Prozeß der Expropriation der Kleinbauernschaft. Die sich daraus ergebende Landflucht war beträchtlich. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung stiegen chronisch an. 1960 waren 27 % der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung arbeitslos.

Diese soziale Lage verurteilt die proletarisierten Massen dazu, sich am Rande der Städte in Notbehauungen zusammenzupferchen und sich mit allen möglichen Notbehelfen über Wasser zu halten in der

Hoffnung auf einen zukünftigen Arbeitsplatz. Diese fürchterliche Situation, zu der noch die insbesondere die Arbeiterklasse betreffenden Verschlechterungen (wie Lohnstopp, Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung, Entlassungen, Unterdrückung der gewerkschaftlichen Tätigkeit) hinzukommen, bildete den Ausgangspunkt für die Volksunruhen vom 23. März 1965.

Auch die soziale Detonation vom 20. Juni 1981 geht auf alle diese Faktoren, aber nicht allein auf sie zurück. Sicherlich haben sich die objektiven Faktoren, die die Unruhen von 1965 hervorriefen, inzwischen noch verstärkt. Aber die jüngsten Unruhen haben sich vor dem Hintergrund der Rückwirkungen der internationalen kapitalistischen Krise und der Verstrickung des marokkanischen Regimes in den Westsahara-Konflikt abgespielt.

In der Tat muß die ökonomische Krise, die den Weltkapitalismus 1974/1975 erschütterte, auf ein Land wie Marokko zwangsläufig katastrophale Auswirkungen haben. Angesichts der engen Abhängigkeitsverhältnisse, durch die Marokko an den westlichen Imperialismus gebunden ist, kann es nicht verwundern, daß Marokko fast mechanisch die Auswirkungen der westlichen Inflation erleidet. Die Krise der europäischen Textilindustrie hat die EG dazu gezwungen, sich durch Begrenzung des Textilimports aus Marokko zu schützen. Diese protektionistischen Maßnahmen haben in Marokko zur Schließung mehrerer Fabriken und damit zu einer Entlassungswelle geführt. Die marokkanischen Unternehmer beklagen sich: "Marokko ist weniger wettbewerbsfähig als der Ferne Osten..." Im Übrigen geht es nicht allein darum, sondern um den strengen europäischen Protektionismus. Und dabei muß man bedenken, daß Marokko eine auf den Export gerichtete koloniale Landwirtschaft hat! Die EG gibt aber den holländischen Tomaten den Vorrang, wenn sie auch teurer als die marokkanischen Tomaten sind!

Außer den Auswirkungen der internationalen Krise des Kapitalismus, die sich zu dem schon vorher existierenden grenzenlosen Elend hinzugesellt haben, erlebt Marokko in besonders krasser Form die Rückwirkungen der Westsahara-Krise. So müssen die ausgebeuteten marokkanischen Massen nicht nur die Folgen der Krise des weltweiten kapitalistischen Systems, mit dem die marokkanische Wirtschaft und Bourgeoisie eng verknüpft sind, ertragen. Mehr noch, das Regime bürdet ihnen auch die Rechnung für den ungerechten und reaktionären Krieg auf, den es mit dem Segen und der logistischen Unterstützung des amerikanischen und französischen Imperialismus gegen die saharischen Massen führt. Schon Ende 1978 beliefen sich die Kosten für den Krieg in der Westsahara

auf 1 Mrd. Dollar, das sind 16 % des gesamten Staatsbudgets.

Die Unruhen von Casablanca stellen also nicht nur die legitime Reaktion auf die Preissteigerungen für Produkte des täglichen Bedarfs dar. Sie bilden unter diesen Bedingungen auch die Antwort der proletarischen und ausgebeuteten Massen auf das Elend und die katastrophalen Auswirkungen der internationalen Krise des Kapitalismus.

Die marokkanische Bourgeoisie und ihr gewerkschaftlicher Anhang UGTM (Union générale des travailleurs marocains) erklären heute: "Kein Streik während Marokko den Kampf um die Sahara führt." In dieser Lage bedeuten der Generalstreik und die Erhebungen von Casablanca objektiv den Bruch mit dem "Eurgfriede", zu dem das Regime und die sogenannte "marokkanische Opposition" die Massen mithilfe des berühmten "Grünen Marsches" aufgerufen haben.

Indessen werden diese Tatsachen, die allein schon eine wahrhafte Wende für den Klassenkampf in Marokko darstellen, noch von der Bedeutung des Generalstreiks und der Unruhen von Casablanca übertroffen. Die Gewerkschaftsführer der CDT (Confédération Démocratique des Travailleurs, der sozialistischen Partei USFP nahestehend) verglichen denn auch den Generalstreik wegen seiner Breite mit den Arbeiterstreiks von 1953.

In Wirklichkeit ist dieser Vergleich vollkommen oberflächlich und bescheint seinen Urhebern eine totale Unfähigkeit, zwischen den nationalen und anticolonialistischen Zielen der Streiks der 50er Jahre und der Forderung nach der sofortigen Rücknahme der Preiserhöhungen für die Produkte des täglichen Bedarfs zu unterscheiden. Letztere ist gerade integraler Bestandteil des Klassenkampfes des marokkanischen Proletariats, das unter der Voraussetzung seiner unabhängigen Organisation sich die Energie und die Revolte der proletarisierten arbeitslosen Jugendlichen wird zunutze machen können.

Diese Unterscheidungsunfähigkeit der Bürokraten der CDT und der USFP ist nicht zufällig und auch nicht neutral. Sie rufen nur scheinbar zum Generalstreik auf, um die Rücknahme der Preiserhöhungen zu fordern, denn sie wissen ganz genau, daß letztere die Wut der Massen vergrößern wird und ihrer Mobilisierung für das reaktionäre Unternehmen der sogenannten "Vollendung der territorialen Einheit" entgegen liefe.

Im Übrigen wurden die Unruhen vom 23. März 1965 von den Schülern als Reaktion auf verschärfte Bedingungen im schulischen Bereich ausgelöst, während die Unruhen vom 20. Juni 1981 von Anfang an einen mehr proletarischen als Volkscharakter hatten, und zwar in dem Sinne, daß sie auf der Basis eines Generalstreiks ausgelöst wurden, in dem die Industrie- und Transportarbeiter die antreibende und bestimmende Kraft waren.

Und was noch wichtiger ist: Der Generalstreik und die Erhebung der proletarisierten marokkanischen Massen spielten sich dieses Mal in einem vollkommen anderen allgemeinen Kontext ab, durch den sie einen weit klassenmäßigeren Charakter bekamen als die Streiks der 50er Jahre oder die Unruhen von 1965. Im Gegensatz zu den 50er Jahren ist die Periode, die in den 70er Jahren begann, nicht mehr die des "Höhepunkts der nationalen Befreiungsbewegungen", die von der nationalen Bourgeoisie oder Kleinbourgeoisie geführt werden.

Die Vertiefung der Krise des Weltkapitalismus, das Ende des national-demokratischen Zyklus in den meisten afro-asiatischen Ländern, das An-die-Macht-Gelangen der Bourgeoisie entweder direkt im Laufe einer national-demokratischen Revolution oder indirekt durch ihre fortschreitende Integration in das Räderwerk eines Staates, der unter dem Druck des Imperialismus einige bürgerliche Umwandlungen erfuhr, die Gesamtheit dieser Faktoren setzt mehr und mehr die Wiederaufnahme des Klassenkampfes in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf die Tagesordnung ebenso wie den Beginn des unabhängigen Kampfes des jungen Proletariats der Länder, die nach dem zweiten Weltkrieg erst die Unabhängigkeit erlangten, wie das im Maghreb der Fall ist.

Der vollkommene Kniefall der Parteien der nationalen Klein- und Mittelbourgeoisie vor der herrschenden Ordnung in Marokko und ihre legalistische Strategie einer "konstitutionellen Monarchie" sind kein Produkt des Zufalls. Sie sind das logische Resultat ihrer mehr oder weniger bewegten Integration in den bestehenden Staat, die nach wie vor von den Zufällen der Innen- und vor allem der internationalen Politik abhängt, und die ihrerseits ein Zeichen für die Einreihung dieser Klassen (Mittelbourgeoisie und obere Schichten der Kleinbourgeoisie) in die konterrevolutionäre Front der herrschenden Klassen und des Imperialismus ist, wie das ihre Haltung in der Frage der Westsahara bezeugt.

Selbst als die nationale Bourgeoisie noch theoretisch eine revolutionäre Rolle gegen den französischen Kolonialismus spielen konnte, schloß sie praktisch einen Kompromiß mit der Monarchie und dadurch auch mit dem Imperialismus, und das in einer besonders heißen Phase der marokkanischen Geschichte (Rif-Revolution 1958). Und selbst als die Monarchie sich bei Abdallah Ibrahim (historischer Führer der UNFP), der 1958 der Regierung vorgestanden hatte, bedankte, radikalisierte sich die Klein- und Mittelbourgeoisie keineswegs, vielmehr wuchs ihre Feigheit gegenüber dem bestehenden Staat noch an.

Fortsetzung auf S. 7

Das chinesische Proletariat wacht auf!

1927 wurde das kleine, aber seit 1919 sehr kämpferische chinesische Proletariat in Schanghai und Kanton infolge der kriminellen Politik der stalinisierten Internationale unter den Schlägen der Guomintang massakriert. Angesichts der erschreckenden Ausrottung der proletarischen Reihen und der politischen Verwirrung konnte es in der Folge kein selbständiger Faktor in der chinesischen Revolution mehr sein. In der antiimperialistischen, nationalen und demokratischen Revolution von 1949 wurde schließlich das Kleinbürgertum aus Stadt und Land unter dem Banner der Partei Maos ins Feld geführt, einer Partei, die eine Mischung von Stalinismus, d.h. von bürgerlich-antiproletarischem Opportunismus und klassischer kleinbürgerlicher Demokratie verkörperte.

Inzwischen ist die bürgerliche Revolution in China abgeschlossen. Abgesehen von den mehr oder minder guten Ergebnissen bleibt sie die größte Revolution der letzten 50 Jahre. Welche Gesellschaftsordnung nun können Kleinbürgertum und Bauernschaft hervorbringen, wenn nicht die kapitalistische? Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt aber einerseits die Lohnarbeiter und andererseits die Schichten, die an die Produktion von Profit und die Akkumulation von Kapital - auch Staatskapital - gebunden sind, d.h. sie erzeugt Proletariat und Bourgeoisie.

Ist einmal die Phase der bürgerlichen Umwälzung abgeschlossen und die revolutionäre Energie aller sich darin äußernden Schichten - Kleinbürgertum miteingegriffen - erschöpft, so muß sich die Bourgeoisie ihrer Jugendträume und des "romantischen" Beiwerts der ersten Stunden, an denen es im Falle der chinesischen Revolution wahrhaftig nicht gefehlt hat, entledigen. Darin bestand der Sinn der Verfolgung der "Vierer Bande".

1927 schätzte man die Anzahl der Arbeiter in den chinesischen Betrieben, Manufakturen und in der Eisenbahn auf 2 Mio. Das Handwerk zählte genausoviel Arbeiter. Die große Masse von Proletariern wurde 1927 fast gänzlich ausgerottet. Doch die Ergebnisse der bürgerlichen Revolution waren subversiv (und das ist der Grund, weshalb das Proletariat für die bürgerliche Revolution gegen die alten Klassen und den Imperialismus - und ggü. gegen die Bourgeoisie selbst - ist):

Heute gibt es 20 Mio. reine Industriearbeiter, d.h. zehnmal soviel wie 1927. In der Kleinindustrie und im Handwerk gibt es nochmals sovielen. In Peking leben fast doppelt soviel Menschen wie im gesamten Ruhrgebiet. Shanghai, das Herzstück der chinesischen Arbeiterklasse, ist größer als New York und Tokio. Das chinesische Proletariat ist ein Riese und der Boden für seinen Kampf ist frei. In den letzten 20 Jahren hat sich China ein einheitliches Eisenbahn- und Straßennetz aufgebaut. Unter einem einzigen Staat werden die Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen und die Gebräuche eines Viertels der Menschheit vereinheitlicht. Damit nicht genug. Das chinesische Proletariat zeigt nunmehr unverkennbar Kampfbereitschaft. Die letzten Jahre machten den Anfang einer andauernden Gärung in den Reihen der Arbeiterklasse deutlich. Seit 1976 beklagen sich die Betriebe über "Streiks" und "Arbeitsniederlegungen ohne klaren Grund" (wirklich?!). Diese Reaktionen werden verschärft durch eine Austeritätspolitik, die für Chinas Öffnung zum Weltmarkt - ein alter Traum der chinesischen Bourgeoisie seit Sun Yatsen - notwendig ist. Aber als die Schleusen für die ausländischen Kapitalströme geöffnet wurden, kamen mit ihnen auch die Auswirkungen der Weltkrise. Offiziell gibt es 20 Mio. Arbeitslose, vor allem unter der Jugend. Meldungen aus Beijing berichten von Arbeitsniederlegungen jugendlicher Arbeiter im Sinking, die dadurch ihre Heimkehr nach Schanghai erzwingen haben. In Schanghai muß aber die Stadtverwaltung schon 100.000 in den Kantinen abspesen, um soziale Unruhen zu vermeiden. Die laufende Rationalisierung macht neue Massenentlassungen nötig, und trotz der geplanten Arbeitslosenunterstützung wird ein großer Teil der Arbeiter erheblich weniger in den Taschen haben. Es wird denn auch letztlich in einer der letzten Ausgaben der theoretischen Zeitschrift der KPCh, Hong Qi, von Streiks, Unruhen und bewaffneten Auseinandersetzungen in den "großen und mittleren Städten" ganz Chinas berichtet. Flugblätter, Wandzeitungen und illegale Zeitschriften, die sich gegen "die bürokratische Klasse" richten, werden in der letzten Zeit zunehmend in Umlauf gesetzt. Auch in den Universitäten wachsen die Unruhen: Die Studenten verlangen sogar das Vereinsrecht und die Pressefreiheit. Und es wird auch vom Widerstand der nationalen Minderheiten gegen die Unterdrückung des Zentralstaates berichtet.

Die "Gewerkschaftszeitung" beschuldigt "eine kleine Gruppe von Störenfriedern, Unordnung und Zwischenfälle in großem Maßstab provozieren zu wollen, um von der Partei und der Regierung zusätzliche Vorteile zu erlangen und so ihre wachsende Begehrlichkeit zu befriedigen." Überall dasselbe Lied! Das Kapital hat einen riesigen Magen: Es schluckt einen immer größeren Teil des von der Arbeiterklasse produzierten Reichtums. Schwärme von Parasiten aller Art mästen sich durch die Ausbeutung. Wenn aber die Arbeiterklasse nur ihren Anteil, den sie zum Überleben braucht, verteidigen will und sich gegen eine Kürzung dieses schon minimalen Anteils und gegen eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen wehrt, welche ein unerträglicher "Ultradualismus"!

Wir unsererseits begrüßen die "wachsende Begehrlichkeit" der Arbeiterklasse. Wir wissen, daß der Kampf von materiellen und "egoistischen" Interessen ausgeht. Allein auf dieser Grundlage kann die Klassen-solidarität entstehen und mit ihr können die Hoffnung auf die proletarische Befreiung und der Kampf für die Befreiung der Menschheit von Sklaverei und Armut Wurzeln schlagen.

"China sieht sehr ernsthaften sozialen Schwierigkeiten entgegen. Es bereitet sich darauf vor, sie mithilfe eines strengen politischen und ideologischen Kontrollapparats zu bekämpfen"; (Le Monde, 27.1.81). Und die "Gewerkschaftszeitung" ist erschrocken: Diese "Störenfriede", die "die Gesamtsituation und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht beachten" wollen die Forderungen der polnischen Arbeiter nach freien Gewerkschaften übernehmen! Die chinesischen Bourgeois freuen sich zunächst über die Unruhen in Mitteleuropa; weil die Sowjetunion dadurch in ihrer Fernostpolitik behindert wurde. Jetzt schrecken sie selbst vor "dem polnischen Gespenst" zurück. Man stelle sich den Tag vor, wo die chinesischen Arbeiter in Shanghai wie die Fiatarbeiter in Turin "Danzig! Danzig!" rufen.

Wir empfangen mit Begeisterung diese Nachrichten aus China. Der Kapitalismus hat sich über die ganze Erdkugel ausgebreitet. Überall erzeugt er eine Arbeiterklasse, die den Kampf gegen ihn aufnehmen wird. Heute beschleunigt sich der Lauf der Geschichte. Jeden Tag werden neue Abteilungen von Arbeitern in den Klassenkampf getrieben. Hier liegt die Aufgabe der Kommunisten und ihrer Partei, damit die bürgerliche Krise mit der proletarischen Revolution gelöst wird und die "Begehrlichkeit" des Proletariats sich auf die politische Macht richtet!

Erst der Bürgerkrieg ...

Fortsetzung von S. 1

Die Frage des Friedens kann deshalb nur revolutionär gestellt werden. Ohne den Sturz der herrschenden Klasse, ohne die Machteroberung durch eine andere Klasse, die aufgrund ihrer sozialen Stellung nicht den Zwängen der Bourgeoisie gehorchen muß, sondern den Interessen des Kapitals entgegengesetzt ist, also ohne proletarische Revolution und Bürgerkrieg ist die Kriegsgefahr nicht zu bannen. Und die Einbeziehung des Proletariats für die "Sicherung des Friedens" erfüllt gerade auch die Funktion, es vom Kampf für diese Lösung abzulenken, auf die Seite seiner Bourgeoisie zu ziehen und wehrlos dem Krieg für ihre Interessen auszuliefern: Denn zu welchem Zweck wird der Krieg geführt, wenn nicht gerade um einen neuen imperialistischen Frieden auf dem Schutthaufen des Holocausts herbeizuführen?

Es ist schließlich eine Tatsache, daß die imperialistische Weltordnung wesentlich auf den USA beruht. Aber ganz abgesehen davon, daß es kaum denkbar ist, daß die USA einen Krieg gegen die UdSSR verlieren, hat letztere kein Interesse daran, den US-Staat (zu dessen Vormachtstellung sie durch ihre Politik im Zweiten Weltkrieg entschieden beigetragen hat) zu zerschlagen. Sie ist nur ein imperialistischer, nicht aber ein sozialer Gegner der USA, und durch den Zusammenbruch der USA würde der gesamte "Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik" einstürzen, auf dem sich auch die UdSSR bewegt, ihre Interessen verfolgt und gedeiht. Und das selbe gilt in noch höherem Maße für die anderen Staaten.

Das internationale Proletariat verfolgt das Ziel, sämtliche bürgerlichen Staaten, also sämtliche bestehenden Staaten zu zerschlagen, um die kapitalistische und imperialistische Weltordnung abzuschaffen. Die schwerste und krönende Aufgabe, um dieses Ziel zu erreichen, besteht darin, den amerikanischen Staat zu zerstören. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn das Proletariat (auch das amerikanische, das die vielleicht schwersten Kampfbedingungen hat) im Kampf gegen die eigene Bourgeoisie Machtmittel an sich reißt; wenn es die Krisen, die den Kurs auf den Krieg begleiten, ausnutzt, um sich durch den täglichen Kampf auf ökonomischer und politischer Ebene zur selbständigen Kraft zu konstituieren und - ob vor dem Kriege oder die Katastrophen des Krieges ausnutzend - in den Ländern, die schwächere Glieder der imperialistischen Weltordnung darstellen, die Macht zu erobern. Nur mit diesem Machtmittel in der Hand wird es den imperialistischen Krieg verhindern oder zum Abbruch bringen können, um durch eine internationale koordinierte Aktion dem amerikanischen Proletariat im Weltbürgerkrieg gegen den US-Staat zu Hilfe zu eilen, unter dessen Trümmern auch der russische und alle anderen bürgerlichen Staaten endgültig begraben sein werden.

ooo

Soeben erschienen (September 1981)

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM NR. 28

- Polen - neuralgischer Punkt der imperialistischen Weltordnung
- Das Ende der bürgerlich-revolutionären Phase in der "Dritten Welt"
- Die "Übergangsforderungen" in der kommunistischen Taktik

Der 2. Teil des Artikels über die "Übergangsforderungen" (der 1. Teil erschien in "Kommunistisches Programm" Nr. 27 und behandelte die Erfahrungen der russischen Revolution) behandelt das Problem der Verbindung zwischen den unmittelbaren Forderungen der Klasse und ihrem Ziel, der revolutionären Machteroberung. Dabei wird die Position, daß die unmittelbaren Forderungen keinerlei revolutionäre Bedeutung haben, zurückgewiesen genauso wie die, daß bestimmte Forderungen immer und überall revolutionär seien. Für uns besteht das Problem vielmehr darin, die Kräfteverhältnisse korrekt abzuwägen und die Forderungen herauszufinden, die eine Stärkung der Organisation des Proletariats und des Einflusses der Partei ermöglichen.

ooo

KONTAKTADRESSEN - BESTELLUNGEN

WESTBERLIN edition programm Postfach 301 730 1000 Berlin 301	PRD-ÖSTERREICH edition programm Postfach 108 2000 Hamburg 6
Postscheckkonto 2635-107 - Berlin-West Gert Eichhorn - edition programm	

Sozialdemokratie und DGB als „Friedensbewegung“

Vor Ausbruch des ersten Weltkrieges:

"Wir bekämpfen mit aller Energie ein System, das die Menschen zu willenlosen Werkzeugen der blind waltenden Verhältnisse macht, diesen Kapitalismus, der das nach Frieden dürstende Europa in ein dampfendes Schlachthaus zu verwandeln sich anschickt. Wenn das Verderben seinen Gang geht, wenn der entschlossene Friedenswille des deutschen, des internationalen Proletariats, der in den nächsten Tagen sich in machtvollen Kundgebungen offenbaren wird, nicht in stande sein sollte, den Weltkrieg abzuwehren, DANN SOLL ER WENIGSTENS DER LETZTE KRIEG SEIN, DANN SOLL ER DIE GÖTTERDÄMMERUNG DES KAPITALISMUS WERDEN." (Frankfurter "Volksstimme" vom 26. Juli 1914)

Nach Ausbruch des ersten Weltkrieges:

"Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich." (Hugo Haase als Fraktionsredner der SPD am 4. August 1914 vor dem deutschen Reichstag)

"Die Politik des 4. August", d.h. die Politik der Unterstützung des imperialistischen Krieges, "entspricht den vitalsten Gewerkschaftsinteressen. Sie sichert die Fernhaltung jeder feindlichen Invasion, sie schützt uns vor der Zerstückelung deutschen Gebiets und vor der Vernichtung blühender deutscher Wirtschaftszweige, sie schützt uns vor dem Unglück eines unglücklichen Krieges, der uns auf Jahrzehnte hinaus mit Kriegsschädigungen belasten würde. Diese Politik sichert uns sowohl die heimischen Industrie- und Rohstoffgebiete, als auch die Zufuhr der für unsere Produktion benötigten Rohstoffe und die Ausfuhr und den Absatz unserer Erzeugnisse in anderen Ländern." ("Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" von 1916)

1933 kapitulierten sie kampflös vor dem Nazismus.

Während des zweiten Weltkrieges kämpften sie an der Seite des - heute wieder stärker verbal attackierten - US-Imperialismus für den "ewigen Weltfrieden".

Nach dem zweiten Weltkrieg:

Die BRD "ist der Staat eines freien und fleißigen und arbeitsamen Volkes, eines Volkes, das eine Armee braucht, die seinen Frieden schützt, damit es sich in Freiheit entfalten kann." (...) "In hohem Maße hängt die Stabilität dieses Staates davon ab, ob es gelingt, einen Konsens zwischen der großen Mehrheit der Bevölkerung, zwischen ihren arbeitenden Teilen und der Armee zustande zu bringen. (...) "Dies haben wir geschaffen." (Georg Leber, Gewerkschaftsführer und dann sozialdemokratischer Verteidigungsminister, in der Bundestagsdebatte Anfang Februar 1977)

Und nun, vor dem dritten Weltkrieg, wollen sie uns wieder für den Frieden mobilisieren.

Und wenn ihre "Friedenspolitik" scheitert - und sie wird scheitern -, wenn trotz all ihrer "Bemühungen" ein neuer Krieg ausbricht? Wir wissen jetzt schon, was sie dann sagen werden: "Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken der feindlichen Invasion. (...) Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. (...) Wir fordern, daß der Krieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht." (Hugo Haase im Namen der SPD-Fraktion vor dem deutschen Reichstag am 4. August 1914)

Ihre "Friedenspolitik" ist Kriegsvorbereitung, und ihre Kriege werden zur "Sicherung des Friedens" geführt. Proletarier, denkt daran: "DER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND!"

Hannover

Eine Gegendemo gegen eine faschistische Kundgebung

Am 22.8. sollte in Hannover eine Demo der militanten faschistischen Schlägerbanden stattfinden. Die VSBD ("Volkssozialistische Bewegung Deutschlands") möchte alle Faschistenbanden zu einer einheitlichen Partei zusammenfassen, um dann umso besser gegen Hausbesetzer und kämpferische Jugendliche vorgehen zu können. Sie wollten mit der Demo und einer anschließenden Veranstaltung die VSBD in Hannover gründen. Dem muß man natürlich entgegen-trieten.

Eine Gegendemo, zu der linke Gruppen aufgerufen hatten, kennzeichnete sich durch eine Stimmung, die ganz anders war als bei früheren antifaschistischen Demos. Vor den Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und Polizei waren diese Demos geprägt durch die Losung "Verbot der Faschisten", also einen Appell an den Staat. Durch diese Losung versucht man nur, wieder Vertrauen in den Staat zu schaffen. Aber nach der massiven Repression gegen alles, was sich rührt oder bewegt, machen sich viele Leute, die zu der Gegendemo gekommen waren, keine Illusionen mehr in den Staat: die Bullen werden die Faschisten unterstützen, sind doch auch die Faschisten für "Ruhe und Ordnung".

Der Staat versucht dies aber oft zu vertuschen, um das Vertrauen zu festigen oder wieder zu gewinnen. So war es auch auf dieser Demo. Nachdem die Bullen zunächst die Taschen der Gegendemonstranten durchsuchten, sagten sie über Lautsprecher an, daß die faschistische Kundgebung verboten sei und die Gegenkundgebung erlaubt, worauf einige Leute zu klatschen angingen. Danach versuchte man aber, die Faschisten zu erwischen, die sich nicht so offen zeigten und verstreut umherliefen. Jedemal, wenn ein paar Faschos umringt waren und sie eins auf die Rübe kriegen sollten, holten die Bullen sie heraus und "nahmen sie fest". Sie schrieben dann auch ganz offen in der Zeitung, daß die Nazis "zum Schutz der eigenen Person" mitgenommen wurden. Zum Schluß der Demo, als der kämpferische Kern der Jugendlichen den Bullen gegenüber eine Herausgabe der Faschos forderte, gingen die Bullen dann auch gegen uns vor.

Das war das Gute an der Demo, daß das demokratische Manöver durchkreuzt wurde, und daß sie nicht mit einem "Wir glauben an den demokratischen Staat" endete.

Aber die Demo war - wie auch die vorherigen Demos in Hannover - überhaupt

nicht organisiert, sie hatte einen geradezu improvisierten Charakter. Das ist nicht verwunderlich, da eine verheerende Ablehnung jeder Organisation herrscht. Zugleich hatten auch die SAG und Leute, die zur Demo aufgerufen hatten, auf ein Verbot der Faschistendemo gezielt, das auch beantragt wurde, obwohl die SAG es diesmal nicht wagte, auf ihrem Flugblatt "Verbot der Faschisten" zu verlangen. Es ist aber klar, daß, wenn man auf den Staat setzt, die Organisation einer kämpferischen Demo nicht zum Tragen kommt. Es sind auch nur ca. 200 Leute gekommen. Die Desorganisation führt aber vor allem dazu, daß die Aktionen trotz ihrer positiven Seiten keinen Bezugspunkt für weitere Kämpfe darstellen. Man tritt auf der Stelle und kann immer wieder total verdrängt werden, wenn versöhnlerische und reformistische Kräfte massiv auftreten und die Straße für ihre demoralisierende Perspektive erobern. Dies ganz abgesehen davon, daß man den Faschos so keine Lektion erteilen kann, die wirklich sitzt.

Wir verteilten ein Flugblatt unter dem Titel "Kampf dem bürgerlichen Staat und seinen Hilfstruppen, den faschistischen Banden", in dem wir in diesem Zusammenhang schrieben: "Wir müssen uns sowohl gegen den bürgerlichen Staat wie auch gegen die faschistischen Banden wehren, und das ist nicht möglich, wenn man für die Demokratie oder mit einer demokratischen Perspektive kämpft."

Man darf auf keinen Fall der Illusion verfallen, daß der demokratische Staat unsere Interessen auch nur im geringsten vertreten könnte. Faschismus und Demokratie haben eine gemeinsame Seele und ein gemeinsames Ziel: die kapitalistische Macht aufrechtzuerhalten.

Wer das vergißt oder "aus Versehen" nicht erwähnt oder außer Acht läßt, arbeitet bewußt oder unbewußt unserem Feind in die Hände!

Wir müssen uns einerseits für eine klare Einschätzung der verschiedenen gegnerischen Kräfte einsetzen, denn dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn es um Fragen der Aktion geht. Andererseits müssen wir uns absprechen und organisieren, um jedem Einschüchterungsversuch der Faschisten (und jeder Auftritt der Faschisten ist ein Einschüchterungsversuch) so entgegenzutreten, daß sie eine empfindliche Niederlage einstecken müssen und wir daraus gestärkt hervorgehen. Und dies trotz des erwartbaren Eingriffs der Polizei zum Schutz der Faschisten."

Libanon

Fortsetzung von S. 2

els in Südlibanon, wußte, daß er ohne Risiko losschlagen konnte. Aus Dankbarkeit zeigte sich Begin mal von der milden Seite: Um den gefährlich unerträglichen Druck auf die besetzten arabischen Gebiete etwas zu "lockern", dürfen israelische Truppen zur Unterdrückung von Demonstrationen nicht mehr in arabische Schulen eindringen; außerdem sollten israelische Kommandanten kollektive Bestrafungen wie nächtliche Ausgangssperren vermeiden und bei der Errichtung von Straßensperren mehr Besonnenheit zeigen.

Der Waffenstillstand ist somit ein weiterer Beweis für die Ausrichtung der arabischen Bourgeoisien auf die herrschende Ordnung. Und dieses Mal wurde die PLO noch stärker als zuvor einbezogen. Daß das keine taktische Finesse der palästinensischen Bourgeoisie im Kampf gegen den Siedlerstaat war, sondern eine weitere Kapitulation vor ihm, sollte die Befürwortung des saudischen Friedensplans durch Arafat ein paar Tage später zeigen, in welchem die Saudis die Anerkennung des Existenzrechtes aller Staaten in der Region (also auch Israels!) zur Voraussetzung von Verhandlungen machen wollen. Wenn die PLO sich in der Lage zeigt, die palästinensischen Massen "kontrollieren" zu können, dann dürfte der Yankee-Imperialismus weiter nachdenken in Richtung auf ein Palästinenserreservat im Westjordanland, oder vielleicht auch irgendwo im Libanon. Bis dahin faites vos jeux, Monsieur Arafat! Und diese Schießbudenfiguren im Dienst des Imperialismus möchten uns gewisse "Anti-NATO-Kräfte" als Bündnispartner im Kampf gegen den Imperialismus anbieten!

Und die andere imperialistische Großmacht? Sieht man von verbalen Pflichtübungen und Streicheleinheiten für Syrien ab, so hat sich die UdSSR nicht gerührt. Sie muß sich zunächst damit abfinden, von den USA aus der Region weitgehend ausgebootet worden zu sein. (Dabei darf man nicht vergessen, daß der erste Schritt zur Verschärfung der internationalen Lage noch vor Afghanistan die Ausklammerung der UdSSR aus dem "Friedensprozeß" im Nahen Osten war.) Ihren Verbündeten Libyen und Syrien gibt sie im Moment auch keine Tips und rät ihnen wohl, sich ruhig zu verhalten. Sie ist ja auch viel zu sehr mit ihrer "Friedensoffensive" in Westeuropa beschäftigt. Aber der vorwitzige Ghaddafi machte sich in dieser Affäre immer wieder stark für einen Kampf gegen den "Geist von Camp David" und schickte auch Waffen in den Libanon. Außerdem zeigt er Expansionsgelüste in Afrika, und so haben ihm die Amis jüngst den bekannten Denkkettel verpaßt - ohne jegliche Gegenreaktion. Es ist nochmals allen klar geworden, wer in der ganzen Region das Sagen hat.

ooo

Das Zurückkreben Tripolis vielmehr als die Dunststreifen der "Tomcat"-Jäger am blauen Himmel über der Großen Syrte ist ein Zeichen für die Verneigung der gesamten bürgerlichen Welt in Ost und West vor diesem erneuten Prachtwerk imperialistischer Großmachtspolitik. Mit ihm wird die bürgerliche Front im Nahen Osten gefestigt. Wenn es dieser Front gegenüber-treten will, muß das arabische Proletariat seine Front ebenfalls festigen. So wie die palästinensischen Proletarier und verarmten Massen gemeinsam mit den libanesischen Proletariern kämpften, werden sie in Zukunft gemeinsam mit den ägyptischen, jordanischen, syrischen, saudiarabischen, libyischen usw. Proletariern und mit den "Gastarbeitern" in Libyen und Saudiarabien kämpfen, denn sie alle leben unter den gleichen verheerenden Bedingungen. Und wenn sie erst einmal begonnen haben zu kämpfen, werden sie schnell erkennen, daß sie eine mächtige Kraft sind, die Ausstrahlungen bis nach Europa im Norden, Indien und Südkorea im Osten, Schwarzafrika im Westen und Süden hat. Ihr Kampf wird die Bewegung im Maghreb stärken und von ihr profitieren. Und sie werden zusammen mit den israelischen Proletariern die Zionisten ins Mittelmeer werfen, genauso wie ihre schwarzen Brüder am Kap der Guten Hoffnung die Buren in den Atlantik schmeißen werden.

Mit ihnen in einer Front gegen den gemeinsamen Feind, den Weltimperialismus zu kämpfen, heißt hier, das Bollwerk, das die BRD darstellt, anzugreifen und es heißt auch, die geradezu zynische und den Leidensweg der arabischen Massen verhöhnende Haltung zu entlarven, die darin besteht, arabische und "sozialistische" Staaten als Unterstützer eines antiimperialistischen Kampfes auszugeben und unter welchem Gesichtspunkt auch immer zu beschönigen.

ViSdP: Gert Eichhorn
Postfach 301 730
1000 Berlin 301
Druck: Druckstock
Nernstweg 32, 2 HH 50

Italien

Ursachen für die Krise der „Autonomia“

Nach einer Blütezeit vor allem um das Jahr 1977 scheint die Bewegung der "Autonomia Operaia" seit einiger Zeit in Schwierigkeiten zu sein. Dies kann man feststellen, seitdem die Staatsanwaltschaft am 7. April 1979 eine breit angelegte Offensive gegen sie startete. Ihre Führer wurden nicht nur als Theoretiker der Gewalt angeklagt, sondern auch wegen der direkten Beteiligung bei der Vorbereitung von verschiedenen Eigentumsdelikten und sogar wegen gemeinsamen Handelns mit den roten Brigaden.

Schon die Art und Weise, wie die Bewegung auf diesen Angriff reagierte (der größtenteils auf bloßen Konstruktionen beruhte), zeigt die Wurzeln ihrer politisch-theoretischen Schwäche. Seitdem wurden ihre Probleme noch durch andere Ereignisse verstärkt.

Betrachten wir also ihre Reaktion genauer. Jede Bewegung, die sich gegen die bestehenden Institutionen richtet, muß damit rechnen, daß diese sich verteidigen oder präventive Maßnahmen treffen. Abgesehen davon, daß sich die Kräfteverhältnisse nicht von einem Tag zu anderen ändern können, ist diese Frage offensichtlich eine politische; denn sie steht in Verbindung mit einer genauen Einschätzung des Gegners, nicht allein und nicht so sehr wie seine potentielle Repressionskraft angeht, sondern auch seine gesamte Politik. Das ist wichtig, einmal um das eigene Verhalten im Laufe von reinen Polizeiaktionen und rechtlichen Verfolgungen zu bestimmen, und zum anderen um politisch auf den Angriff zu reagieren.

Gerade auf diesem Gebiet ist der vielleicht schwächste Punkt der "Autonomia" zu Tage getreten. Er steht in Zusammenhang mit ihrer Auffassung vom Staat.

Diese erste "große Prüfung" hat gezeigt, inwieweit die Politik der Autonomen auf einer Illusion beruht, die in den theoretischen Positionen klar formuliert ist, und nun praktisch zum Ausdruck kommt: der demokratische Staat könne durch "dezentrale Gewalt" ("violenza diffusa") verändert werden - während demgegenüber die Strategie der roten Brigaden angeblich darauf abzielt, die Staatsmacht "ins Herz zu treffen". Dieser Illusion liegt die These zugrunde, daß der moderne Staat soweit Ausdruck der sozialen Gegensätze ist, daß er ein schwacher Organismus ist und deshalb gegen die Interventionen der bürgerlichen Klasse manövriert werden kann. Der Staat wird als eine Art Gerichtshof verstanden; in dem alle Klassen angemessen vertreten sind, ausgenommen die "neuen Randschichten" oder die "neuen revolutionären Subjekte". Diese sind nicht anerkannte soziale Kategorien, die um die politische Anerkennung kämpfen. Dementsprechend ist der demokratische Staat natürlich in erster Linie kein Feind im eigentlichen Sinne, sondern nur der Gegenpart bei einem Handel.

Andererseits verkennt die ganze politische Strategie der Autonomia das Gewicht der Institution "Staat" als Instrument der Zentralisierung der bürgerlichen Macht und also als Hauptstütze, die es zu zerstören gilt. Sie stellt sich den Übergang zum Sozialismus (wenn wir es so nennen wollen) nicht als Ablösung einer Produktionsweise durch eine neue vor (was ja die Kontrolle eines politisch-administrativen Zentrums über die ganze Gesellschaft erfordern würde), sondern als Verteilung dessen, was die bestehende Gesellschaft produziert und als "Selbstverwaltung" auf jeder lokalen Ebene.

Diese letztendlich reformistische Sichtweise anarchistischen Ursprungs hat sich das erste Mal klar in der Verteidigung anlässlich der Anklagen gegen die autonomen Theoretiker gezeigt. Sie bestand darin, die "Legitimität" (Berechtigung) der Bewegung als Ausdruck der neuen Schichten (der Randschichten im allgemeinen) zu fordern, die keine legale Vertretung haben und deswegen gezwungen sind, sich außerhalb des Gesetzes zu bewegen. Dem Staat stünde es also an, diese Bewegung "anzuerkennen" und ihr eine Vertretung in seinen Organen zu verschaffen. Der moderne Staat ist die "große Mama", die alles und alle ernähren kann. So konnte man erleben, wie eine Bewegung, die sich selbst als revolutionär darstellt und als solche eingestuft wird, hoch und heilig auf den von den Reformisten idealisierten "Sozialstaat" schwört und an die intellektuellen Würdenträger der "integrierten" Parteien appelliert.

Wie bei allen politischen Strömungen, die aus der 68'iger Bewegung hervorgegangen sind, besteht auch hier das eigentliche politische Problem in der Koexistenz mit dem bürgerlichen Staat (der somit möglichst liberal sein soll), von dem man ganz bescheiden "Freiräume" und "Freiheiten" fordert, aber auch Beihilfen, "Sozialleistungen", garantierte Pflichtzahlungen des Staates. Die autonome Bewegung ist nicht die Bewegung der Reservelosen, deren lebenswichtige Forderungen an den Staat schon die Bedingungen für die Überwindung des bürgerlichen Staates selbst in sich tragen. Es ist vielmehr die Bewegung der "Nicht-Abgesicherten", die Absicherungen fordern und von einer politischen Avantgarde repräsentiert werden, die Überzeugt ist, daß solche Garantien innerhalb der bestehenden Ordnung möglich sind und daß solche Zugeständnisse sogar gleichbedeutend sind mit der Veränderung der Kennzeichen des Staates. In dieser Überzeugung gleichen sie der reformistischen Arbeiterbewegung, die in der Vergangenheit mit der Perspektive handelte, den Charakter des Staates durch Interventionen der Arbeiterklasse im Rahmen des Staatsapparates zu verändern. Letztendlich ist das Ziel, die Demokratisierung des Staates von unten. Es kann

daher nicht verwundern, wenn die autonome Zeitschrift "Metropoli" das Referendum als wesentliche politische Waffe entdeckt, um Änderungen zu fordern, die angeblich auf den Charakter des Staates einwirken können (Abschaffung der Hochsicherheitstrakte, der Antiterrorgesetze usw.). (Diese Zeitschrift geht soweit, dies der Revolution "alten Angedenkens" als Alternative entgegenzustellen.)

Doch das bisher Gesagte - daß die autonome Bewegung im Grunde reformistisch ist - reicht noch nicht aus, um zu erklären, warum sie heute eine Art "Identitätskrise" durchmacht. Dazu muß man zumindest noch zwei Gesichtspunkte genauer betrachten.

Erstens wollen die Autonomen dem "Reformismus von oben" einen "Reformismus von unten" entgegenstellen oder, wenn man will, der parlamentarischen Demokratie eine "direkte" Demokratie. Aber in einer Gesellschaft, die so wie die heutige organisiert ist, sind die Kräfteverhältnisse so eindeutig zugunsten der Ersten, daß diese Gegenüberstellung geradezu lächerlich wirkt. Der Staat nutzt sogar die "Instanzen" der "direkten Demokratie" für sich aus. In Italien hat sich das in der "Referendumsoffensive" dieses Sommers gezeigt. Sie wurde z.T. von den parlamentarischen Parteien geführt und diente letztlich nur zum Beweis, daß die direkte Befragung der Volksmassen im allgemeinen nur bestätigt, was deren parlamentarischer Vertreter schon vorgeschlagen und als Gesetz verabschiedet hatten.

Zum zweiten beruhen alle politischen Leitlinien der Autonomia Operaia im Grunde auf vorübergehenden Aspekten der politischen und sozialen Entwicklung. Da diese früher oder später verschwinden, sind die auf ihnen beruhenden politischen Vorstellungen zum Scheitern verurteilt. Im wesentlichen setzen die Autonomen auf das ewige Bestehen des sog. "Wohlfahrtsstaates", von dem sie die Illusion übernehmen, daß die ökonomische Entwicklung nur ein Produkt der bewußten Absichten der Staatspolitik sei. Die Autonomia, die behauptet, sich im Gegensatz zur heutigen Gesellschaft zu entwickeln, zeigt so ihren durchaus nicht autonomen Charakter. Sie ist nämlich nicht unabhängig von einer bestimmten Form des bürgerlichen Staates, die sie notwendigerweise zum Überleben braucht: die Demokratie des "Wohlstandes". Daher sind ihre Grenzen gesetzt, sowohl als revolutionäre Bewegung - was die angewandten Methoden angeht -, wie auch als reformistische Bewegung; denn, um "wahre" Reformisten zu sein, müssen sie mögliche Reformen vorschlagen (nicht von ungefähr taucht dieses Wort "möglich", das schon auf der Fahne des alten Opportunismus stand, von Zeit zu Zeit in autonomen Publikationen auf).

Wir haben also gesehen, wie die Politik der Autonomia letztendlich von einer Form der Politik des bürgerlichen Staates abhängt. Verändert sich diese Form, so muß sich notwendigerweise auch der Charakter der Bewegung ändern. Hier liegen Glück und Unglück der Autonomia. Das Glück besteht darin, daß die vorübergehenden Aspekte der Staatspolitik bis zu einem bestimmten Punkt die Analysen der Autonomen zu bestätigen scheinen. Das Unglück besteht in den Grundtendenzen, die dem "Sozialstaat" zuwiderlaufen, seit die Gesellschaft in eine Periode der Krise getreten ist; diese Grundtendenzen stellen ständig die Entscheidungen derer, die die Autonomen als "Kommando" bezeichnen, in Frage.

Wie haben die Autonomen auf diese neue Situation reagiert? Sie haben praktisch jegliche Bezugnahme auf die Arbeiterklasse aufgegeben. Ausgehend davon, daß die Krise weniger eine Folge der Wirtschaft als der Politik ist, genauer gesagt, die Antwort des Kapitals (des "Kommandos") auf den Aufstieg der Arbeiterklasse, betrachteten sie die Wirtschaftskrise und ihre Folgen als eine Operation, um den angeblichen politischen Einfluß der Arbeiterklasse zu zerschlagen. Sie erklärten das Ende der Arbeiterklasse als politisches Subjekt und die Notwendigkeit ihrer Ablösung durch andere Subjekte außerhalb der Betriebe. So wie vorher alles auf der Gleichung Bedürfnisse der Arbeiter = Revolution beruhte, gilt jetzt die Gleichung "Bedürfnisse" im allgemeinen = Revolution. Das alte anarchosyndikalistische Motiv wird durch einen rein demokratischen Refrain ersetzt.

Diese Position wird sogar - in vollkommener Logik - weitergeführt und baut einen Interessengegensatz auf zwischen "abgesicherten" und "nicht-abgesicherten" Schichten, zwischen "Besitzern" einer "regelmäßigen" Arbeit (egal welcher Art) und denen, die zum Überleben auf Gelegenheitsarbeit zurückgreifen oder "Miniunternehmen" (Alternative) werden müssen (und vor allem "wollen"); eine solche Entscheidung wird als politisch motiviert gesehen.

Nun ist aber der "Plan" des Kapitals diesmal nicht nach den Anordnungen seines "Kommandos" gelaufen. Denn trotz der riesigen Reservén, mit deren Hilfe große soziale Stoßdämpfer eingesetzt werden konnten, haben die ökonomischen Krisen begonnen, eine Reihe von "Garantien" zu Fall zu bringen, darunter die wichtigste, die "Garantie" des Arbeitsplatzes. So haben die Arbeiter von Fiat, um das bemerkenswerteste Beispiel der letzten Arbeiterkämpfe in Italien anzuführen, 35 Tage ununterbrochen gestreikt, um die "cassa integrazione" (d.h. die Kurzarbeit, die ein Vorspiel der Entlassung ist) zurückzuweisen, die Fiat und die Gewerk-

Fortsetzung auf S. 6

Bedeutung und Grenzen von Tuwat

Der Anlaß für die Organisierung des internationalen Spektakels TUWAT seitens der Berliner Hausbesetzer war die Ankündigung des Senats, im Laufe eines Monats neun besetzte Häuser räumen zu lassen. Diese öffentliche Androhung stellt einen Test dar, wie es um die Reaktionsfähigkeit einer Bewegung bestellt ist, die durch eine breite Repressionswelle zu einer Preisgabe ihres Kampfes und zur Anerkennung der reformistischen Spielregeln gezwungen werden sollte.

Allein seit Beginn des Jahres fielen sie mehr als 100 Polizeianschlägen gegen besetzte Häuser (Durchsuchungen, Räumungen) zum Opfer, wurden 120 Haftbefehle ausgestellt, wurden bereits mehr als 40 Leute durch Abschreckungsurteile der Bewegung entzogen, laufen insgesamt 6000 (Sechstausend) Ermittlungsverfahren, von denen mehr als 100 noch in diesem Jahre zu Prozessen führen werden.

Zu Recht haben die Hausbesetzer die Räumungsankündigung durch den Senat als eine offene Kriegserklärung empfunden. Die Gegenankündigung von "TUWAT" und dessen Vorbereitung ist eine im Kern richtige Antwort hierauf: Zu zeigen, daß man sich noch nicht geschlagen gibt, deutlich zu machen, daß man sich nicht wehrlos angreifen läßt.

Andererseits ist TUWAT aber auch der Versuch, die eigene Schwäche durch Masse auszugleichen. Schon seit längerem ist in der Hausbesetzerbewegung eine Flaute eingetreten, die eng mit der Frage zusammenhängt, wie man sich vor den weiteren Räumungen besetzter Häuser schützen kann. Die Mobilmachung von Masse aus Westdeutschland und dem Ausland wird dieses Problem nicht lösen, sondern allenfalls vertagen. Die 4 Wochen TUWAT stellen eine Art Galgenfrist dar, wenn diese Zeit nicht dazu genutzt wird, die Lösung der anstehenden "Legalisierung" der Häuser in die eigene Hand zu nehmen. Bisher ist man dieser Aufgabe ausgewichen, indem entweder diese Aufgabe an Organe delegiert wurde, die außerhalb der

Bewegung stehen, oder indem diese Frage der Verhandlungen einfach für Tabu erklärt wurde. In diesem zentralen Problem scheint der Teufel zu stecken. Man mag ihn im TUWAT-Rausch beschwören wollen - das löst noch lange nicht das anstehende Problem. Im Gegenteil: Wenn TUWAT die Funktion haben sollte, diesem "Alptraum" lediglich auszuweichen, so wird der nach dem Rausch sich einstellende Katzenjammer umso fürchterlicher sein.

Nun spricht aber vieles dafür, daß die wider Erwarten geringe, dafür aber produktive Teilnahme an Tuwat dazu beiträgt, Rauschzustände zu verringern. Das wird die Sache, die später anzupacken ist, erleichtern. Sie wird auch dadurch erleichtert, daß die hiesigen festgefahrenen Fragen durch auswärtige Beispiele und Anregungen aus der Sackgasse geführt werden können. Durch Herstellen neuer Kontakte und Verbindungen bietet sich die Möglichkeit einer Organisierung unterschiedlicher Erfahrungen, die ohne einen gemeinsamen Bezugspunkt verloren gehen würden. Es geht auch um mehr als bloß um die Häuser. Es geht auch darum, sich über politische Fra-

LEST, GIBT WEITER, ABONNIERT DIE PRESSE DER IKP!

gen, die die isoliert geführten Kämpfe bisher aufgeworfen haben, auseinanderzusetzen. Es geht darum, sie im Lichte der gesammelten Erfahrungen zu beantworten und Abschied zu nehmen von solchen Illusionen, die den Kampf nur behindern.

Selbstverständlich sind diesem Bedürfnis sehr enge Grenzen gesetzt. So richtet sich die in mehreren Sprachen verschickte TUWAT-Einladung an alle möglichen Adressaten der sog. "Randschichten", an die verschiedenen "Bewegungen", nicht aber an die Arbeiter, an das Proletariat. Es ist kein Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat. Die Gemeinsamkeit ergibt sich nicht aus der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaftsklasse. Dies ist für die hiesige Bewegung charak-

teristisch und widerspiegelt einerseits die Tatsache, daß die Hausbesetzerbewegung wie alle anderen angesprochenen Bewegungen nicht auf der Ebene der Produktion, sondern auf der Ebene der Warenzirkulation (des Konsums oder spezifischer Diskriminierungen) entstanden ist und aus solchen Kämpfen keine Bewegung mit Klassenkonturen entstehen. Dies widerspiegelt andererseits die Tatsache, daß die Arbeiterklasse hier noch nicht ihre Kampfkraft zum Ausdruck bringt. Doch das Zusammenfließen der verschiedenen partiellen Bewegungen und ihr Zusammenhalt werden nur möglich sein, wenn es einen Kampf gibt, der als Achse dient, um die sich die verschiedenen heutigen Bewegungen gruppieren können. Und dieser Kampf kann aufgrund der Beschaffenheit der kapitalistischen Gesellschaft NUR der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sein. Bleibt man bei der Momentaufnahme, auf der dieser Kampf noch nicht zu sehen ist, stehen, so beeinträchtigt man die Klärung einer weitergehenden Kampfperspektive und verurteilt sich selbst schließlich zur Perspektivlosigkeit. Initiativen wie TUWAT können aber gerade darin eine Bedeutung haben, daß sie zeigen, daß die Addition der verschiedenen heutigen Bewegungen nicht DIE BEWEGUNG ergibt. Diese Ernüchterung kann vielen Elementen ermöglichen, sich in Richtung auf eine proletarische Klassenidentität und auf den Klassenkampf zu bewegen.

Ein interessantes Ergebnis der erst seit einigen Tagen laufenden Auseinandersetzungen über praktische und politische Fragen besteht auch gerade in einer Ernüchterung der Elemente, die die hiesige Bewegung maßgeblich mitgetragen haben. Sie fangen an, ihre insbesondere autonomistischen Auffassungen von den Bedürfnissen und den Zielen der bisher rein spontanen Bewegung an den Ergebnissen und den praktisch-organisatorischen Erfordernissen des Kampfes zu messen. Das Bedürfnis, die Waffen nicht zu strecken, setzt aber Fra-

gen auf die Tagesordnung, die im Rahmen autonomistischer Positionen umgangen und daher für Tabu erklärt werden mußten. Hierzu gehört insbesondere die Frage der Organisation und die Anerkennung eines politischen Kampfes gegen einen Gegner, gegen den man sich VERTEIDIGEN muß (das Problem der Aussteiger, der Arbeiter, des bürgerlichen Staates etc.).

Diese Diskussionen haben aber keinen ausschließlich theoretischen Charakter mehr, sondern sie ermöglichen es erst, sich den praktischen Problemen erneut zuzuwenden. Sie lassen heute bereits die Einschätzung zu, daß die Autonomia auf der Welle des spontanen Aufschwungs, der spontanen Erweiterung eines Kampfes einen notwendigen Versuch darstellte, vor politischen Fragen des Kampfes nicht zu kapitulieren. In der Phase des Abschwungs zwingt dieselbe Absicht zu einer verstärkten Hinwendung zu praktischen Aufgaben, deren Lösung eine kritische Abrechnung mit politischen Auffassungen verlangt, die diese Lösungen verbaut.

Wir messen diesen Versuchen einer Abrechnung mit den für den unmittelbaren Kampf unbrauchbaren Positionen der Autonomia eine wichtige Bedeutung bei: stehen sie doch im Zeichen eines Bruches mit den opportunistischen Gewohnheiten, mit denen das Proletariat jahrzehntelang vor den Karren bürgerlicher Interessen gespannt wurde. Wenn sich heute Randschichten dieses Proletariats bemühen aufgrund ihrer ersten Erfahrungen mit dem Klassenfeind aus dem Sumpf demokratischer Korruption sich zu befreien, so liegt gerade hierin die Vorankündigung von Klassenkämpfen. In der politischen Auseinandersetzung entsteht zumindest ein kleiner Spalt, durch den die Perspektive einer Verknüpfung mit künftigen proletarischen Klassenkämpfen eindringen kann, die Perspektive eines langfristigen Kampfes auf einer Klassengrundlage.

Alternative Kommunalpolitik: Die Schrumpfung des reformistischen Horizonts

Im Grunde ist sie, verglichen mit den katzbuckligen parlamentarischen Leisetretern in Gestalt der Grünen, nichts Neues diese AL. Auf sie trifft die Charakterisierung der Grünen, wie wir sie in "Proletarier" Nr. 7 gegeben haben, exakt zu: *"Ihr erklärter Wille ist es, als kleinbürgerlich-reformistisches Über-ich den staatstragenden Kräften, den großen bürgerlichen Parteien gegenüberzutreten und denselben mit moralischen Zeigefinger die Verletzung ihrer Illusion einer 'reinen Demokratie' (Basisdemokratie ist das moderne Wort), die Verschandelung der noch grünen Gebiete dieses Landes und der Mißachtung der Interessen (...) von betroffenen Staatsbürgern vorzuwerfen. Ihre Kampfmittel sind der friedliche Protest, der parlamentarische Weg und der Rechtsstreit."* Doch reicht diese Erklärung heute nicht mehr aus. Die Zeit ist fortgeschritten, der Bürgerprotest von ehemals hat seinen Höhepunkt überschritten und wird - wie wir gleichfalls voraussagen - von der Gürtel-Enger-Schnallen-Politik, der "Sparhysterie" und dem antiamerikanischen Nationalismus der westdeutschen Bourgeoisie vereinnahmt. Die Überregionale Grüne Opposition hat sich, wenn überhaupt noch existent, in lokale und kommunale Krähwinkel aufgelöst. In kommunalen und Städteparlamenten findet man nunmehr ein günstiges Terrain, um über kleinliche Angelegenheiten und die Selbstbestimmung betroffener Bürger zu schwadronieren. Der kleinkarierte, lokal-kolorierte Reformismus - das ist es auch was an der AL zunächst auffällt. Dies würde aber keinesfalls ausreichen, um den Erfolg, den die AL bei den Wahlen in Westberlin verbuchen konnte, zu erklären. Hinzu kommt die Tatsache, daß die AL sich an die Hausbesetzerbewegung und die militante "Scene" anlehnt und mit ihrer Organisation und ihren reformistischen Perspektiven (und gerade in der Frage der Organisation und der politischen Perspektive liegen die großen Schwachstellen auch des militanten Flügels der Berliner "Scene") eine Anziehungskraft darstellen kann, der man sich nur durch klaren politischen Kampf und kämpferische Organisationsarbeit entziehen kann.

In der AL haben wir also eine Organisation, die den parlamentarischen Kretinismus einer Bürgeropposition, die in Lokalpaternalismus macht, mit einer Politik des Reformismus auf der Straße zu verbinden sucht. In diesem Artikel untersuchen wir zunächst die programmatische Natur der AL, um dann - in einem weiteren Artikel - auf ihre praktische Rolle gegenüber der militanten Bewegung in West-Berlin einzugehen.

Da es der kleinbürgerlichen Oppositionsbewegung der letzten Jahre, die sich um die Anti-AKW-Bewegung gruppierte, nicht gelungen war, eine dauerhafte Partei zu bilden und in zentralen Fragen des Staates und der Gesellschaft mitzureden, verstieg sie sich darauf, "kleinere Brötchen zu backen". Sog. bürgernahe Kommunalpolitik, ja Stadtteilwursterei, die ja Ursprung und Grundlage der Bewegung der Bürgerinitiativen gewesen war, wird nun als eigentliches Metier gesellschaftlicher Opposition und Ausgangspunkt grundlegender Veränderungen angesehen. Hiervon ausgenommen ist allein die kleinbürgerliche Friedensbewegung, die aber schließlich deswegen ein relativ breites Ausmaß annimmt, weil sie von Tendenzen des westdeutschen Imperialis-

mus, also von der Bourgeoisie selbst z.T. mitgetragen wird. Mit der Gesellschaftsveränderung im Kleinen anfangen, das war schon immer das Alibi für den Reformismus des ohnmächtigen Kleinbürgers, der dadurch den wesentlichen Fragen dieser bürgerlichen Gesellschaft (Klassenkampf, Machtfrage) auswich. Im gemüthlichen Nest lokaler und kultureller Mitbestimmung konnte man sich einigermaßen unbehelligt einrichten und der Illusion von der langsamen, "konkreten", friedlichen Umwandlung der Welt fröhnen. Und in der Tat gab und gibt es hier in den Kommunen und Städten einen gewissen Spielraum (im wahrsten Sinne des Wortes) für Bürgermitbestimmung vor allem in kulturellen Fragen. Und mit Wonne registriert der oppositionelle Bürger, wenn auf seine Veranstaltung hin ein neuer Spielplatz gebaut oder schmucke Blumentöpfe in sowieso verkehrsarme Straßen gestellt werden. Der zentrale Staat hat es meist eben den Städten und Kommunen überlassen, über gewisse Aufgaben zu bestimmen. Und solange nicht die wichtigen Ressorts betroffen sind, kann er durchaus gewisse Zugeständnisse machen, was die lokale Verteilung dieser Gelder angeht. Diese Tatsache nutzt der "kommunale Sozialismus", um seinem Rezept der "kleinen Brötchen" eine gewisse Berechtigung andeuten zu lassen. Auch braucht man hier sich nicht mit der schrecklichen Frage der Macht herumzuschlagen, die sich bei den vitalen Problemen dieser Gesellschaft immer aufwirft. Die AL geht gar soweit, ihre Rolle als *saft- und kraftlose Gewissenslobby* durch folgende Bemerkung zu verdeutlichen: *"Uns geht es nicht um Macht! Wir sind gegen Macht!"* (dickgedruckt in der Broschüre "Was wollen die Alternativen?"). Übrigens hat schon Lenin, den die heutige Linke geneigt ist auf den geschichtlichen Müllhaufen zu werfen, die Bedeutung des "Munizipalsozialismus" in nicht zu übertreffender Deutlichkeit dargelegt: *"Die Aufmerksamkeit wird auf das Gebiet kleiner lokaler Fragen verlegt, nicht auf die Frage der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse, nicht auf die Frage nach den Hauptwerkzeugen dieser Herrschaft, sondern auf die Frage nach der Verausgabung der BROSAMEN, die von der reichen Bourgeoisie für die 'Bedürfnisse der Bevölkerung' (man sieht: selbst die Phrasen bleiben dieselben! IKP) hingeworfen werden."* (Lenin, W., Bd. 13, S. 361)

Es versteht sich von selbst, daß ein solcher lokalistisch-parlamentarischer Verein, wie z.B. die AL, nichts zu tun haben will mit dem Klassenkampf und mithin mit jenen Interessen der Arbeiterklasse, die sich diametral den Interessen der Bourgeoisie entgegensetzen. Der Arbeiter als Stadtbürger, der Arbeiter als "Mensch" (wie sie in ihrer Wahlbroschüre zum 10. Mai sagen), der Arbeiter als Verbraucher usw., dafür will die AL sich einsetzen, nicht aber für den Arbeiter als *Klassenbewußte Proletarier*. Es dürfte somit auch klar sein, daß wie AL den militanten Kampf gegen die bürgerliche Repression und den Wohnungskampf nicht versucht auf das Niveau eines breiten, kollektiven, in der Perspektive auch die gesamte proletarische Klasse ansprechenden Kampfes zu heben, sondern herabzuwürdigen auf eine Bewegung um Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auf Kiezebene und schließlich in den eigenen vier Wänden. Daß die AL dabei die Rolle des Saboteurs spielen muß und offensichtlich spielt, soll Gegenstand eines gesonderten Artikels sein.

die somit das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital überwinden. Aber neben der wachsenden Arbeitslosigkeit mußten alle aufgeführten Erscheinungen eine gewisse Verwirrung in den autonomen Köpfen stiften und zu neuen "Theorien" und hier und da zum Versuch, die Arbeiterklasse in den Betrieben politisch "wiederzugewinnen", führen.

Ein weiterer Grund für die Krise der Autonomia liegt schließlich in dem Ausgang der Kämpfe, in denen sie eine Rolle gespielt hat. Sie hat versucht, Bewegungen, die um bestimmte unmittelbare Forderungen entstanden sind, in politische Bewegungen gegen die bestehenden Institutionen zu verwandeln, im Namen einer "Gegenmacht" von unten, die auf alle Forderungen aufgepfropft wird. Dieser Versuch mußte natürlich scheitern und den Erfolg der Kämpfe erschweren. Im allgemeinen, nachdem die Arbeiter zusammen mit den Autonomen Forderungen aufgestellt haben, besteht die politische Intervention der Autonomen darin, die Bedeutung einer bestimmten dauerhaften unmittelbaren Organisation zu verneinen, d.h. einer Organisation, die in der Lage ist, die Arbeiter aufgrund ihrer realen Bedürfnisse anzusprechen. Sie fordern dagegen Organisationen der Autonomen und nutzen so die Arbeiterkämpfe nur als Vorwand für Ziele der Autonomia. So werden die Fortschritt-

Zur Rolle der „fortschrittlichen Kirche“ Menschenliebe zur Sicherung des sozialen Friedens

In letzter Zeit erleben wir auf Weltenebene eine wachsende Intervention der Kirche sowohl im Bereich der sozialen Kämpfe des Proletariats und der armen Massen als auch im Bereich der Politik ("Regimewechsel", internationale Beziehungen). Sei es in Polen, in Lateinamerika oder auf den Philippinen, wo die katholische Kirche ihren bremsenden Einfluß auf die soziale Bewegung ausübt; sei es im Iran, wo die schiitischen Pfaffen die neue Regierungsmannschaft bilden und das Repressionswerk des Schahs ungehemmt fortsetzen; sei es schließlich der Papst, der rund um die Erdkugel von Krisenherd zu Krisenherd im Dienste der internationalen kapitalistischen Ordnung reist, um die heilige Mission zu erfüllen, den hungernden Massen die kapitalistische Barbarei mithilfe von christlichem Gelaber "erträglich" zu machen. Kurz, die wachsende Rolle der Kirchen verschiedener Glaubensrichtung im Dienste der Aufrechterhaltung der Ordnung bzw. der Kastrierung der sozialen Bewegung ist unverkennbar geworden.

Auch in der BRD tritt die Kirche zunehmend in Aktion. Als eindeutig bürgerliche Kraft spiegeln sich innerhalb der Kirche die verschiedenen Tendenzen der Bourgeoisie wider: auf der einen Seite die streng konservativen Pfaffen, die z.B. gegen die Abtreibung zu Felde ziehen, auf der anderen Seite die "fortschrittlichen" Pfaffen, die für Frieden, Abrüstung und ähnliches mehr sind. Gerade letztere gewinnen heute immer mehr an Einfluß und es entsteht die seltsame Situation, daß dieselbe Kirche, die gestern dem deutschen Militarismus die Segnung gab und mit Hitler zusammenarbeitete, heute im Namen derselben "ewigen ethischen Werte" die "Friedensbewegung" wesentlich mitträgt. Dies soll keineswegs verwundern, wird doch das Verhalten der Kirche letzten Endes von den jeweiligen Anforderungen der bürgerlichen Politik bestimmt. Heute zeigt ein wachsender Teil der deutschen Bourgeoisie ihren Widerstand gegen die offensive Wirtschafts- und Militärpolitik der USA und versucht, eine Politik der gleichen Distanz zwischen USA und UdSSR zu vertreten, angeblich zur Beibehaltung des Friedens, in Wirklichkeit zur besseren Durchsetzung der eigenen imperialistischen Ziele. Der Kirche, vor allem ihrem sogenannten fortschrittlichen Teil kommt es zu, dieser bürgerlichen Politik die moralische Rechtfertigung im Namen der christlichen Prinzipien, die ein Mädchen für alles sind, zu geben.

Das Werk der Kirche ist aber noch viel perfider, als es sich einer oberflächlichen Betrachtung darstellt. Sie arbeitet in der Tat mit modernen Mitteln zur Sicherung des sozialen Friedens, und darin liegt, noch weit mehr als in der Verbreitung religiöser Gedankengüter, der *große Betrug*.

Im imperialistischen Zeitalter tritt die Kirche mit einem umfassenden Programm von *sozialen Reformen* auf, das auf einer vermeintlichen "sozialen Ethik" beruht und sich kaum vom Programm der übrigen bürgerlichen Parteien unterscheidet. Deshalb ist sie auf sozialer Ebene als eine moderne Strömung der sozialen Partnerschaft zu bekämpfen, und sie ist insofern viel gefährlicher als die frühere feudale Kirche. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien genießt sie zudem den *Schein* einer Unabhängigkeit vom Staat und ist scheinbar offen und tolerant; im Vergleich zu ihnen hat sie den Vorteil, "bürgernah" vertreten zu sein. Sie ist daher flexibler, was vor allem für die evangelische Kirche, schon infolge ihrer Tradition, gilt. Und dies ist für die Bourgeoisie äußerst hilfreich zu einem Zeitpunkt, wo Parteien und Gewerkschaften eine sogenannte Vertrauenskrise erleben. Unter Einwirkung ihrer fortschrittlichen Flügel distanzierte sie sich formal von den Auswüchsen der kapitalistischen Ordnung und kann heute mit einem gewissenmaßen unverbrachten Gewicht auftreten. Dies stimmt nicht zuletzt auch für die DDR, wo man, wie die laufenden Bemühungen Honeckers um

die evangelische Kirche zeigen, diese Situation zu schätzen weiß. Die Kirche ist also umso gefährlicher, je mehr sie "oppositionell" und reformistisch in Erscheinung tritt. So ist die Kirche imstande, eine nicht geringe Anziehungskraft auf die Jugend auszuüben, wie man es anlässlich des Kirchentages in Hamburg beobachten konnte.

Wie die Erfahrung zeigt, benutzt sie das gewonnene Kapital, um den Klassenkampf zu entschärfen und zu verhindern, durch ihren mäßigen (wenn nicht offen repressiven, siehe Iran) Eingriff die *bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten*. Und dies könnte auch nicht anders sein, denn sobald sich die Herrschaft des Kapitals gefestigt hat und von keiner vorbürgerlichen Kraft mehr in Frage gestellt wird, verwandelt sich die Kirche mit ihrer Ideologie in eine *Hilfskraft* der Bourgeoisie. Heute, im Zeitalter des decadenten Kapitalismus, des Imperialismus, gibt es nur noch wenige Länder in Afrika und Asien, in denen islamische und andere Lehren im Sinne der Erhaltung vorbürgerlicher Verhältnisse angewandt werden. Aber auch in diesen Ländern zieht das Kapital daraus Nutzen.

Die antiproletarische Rolle der Kirche konnte im Zusammenhang mit der Bewegung zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD leicht beobachtet werden. Diese Bewegung, die sich noch keine organisatorische Festigkeit geben und sich noch nicht auf eine Klassengrundlage stellen konnte, litt unter dem Einfluß humanitärer Kräfte und der Kirche. Die Illusion, sich auf fortschrittliche Pfaffen stützen zu können, erschwerte den Ausbau einer eigenen Organisation und führte zu demoralisierenden Aktionen, zu denen auch einige Kirchenbesetzungen zählen.

In Zürich marschierten Popen an der Spitze vieler Demos, um "Ausschreitungen zu verhindern" und den Graben zwischen den Jugendlichen und der bestehenden Gesellschaft wieder zuzuschütten; in Berlin übernahmen prominente Theologen und Pfaffen mit demselben Zweck Patenschaften über besetzte Häuser, während die Polizei selbst anlässlich einer Demo durch das Villenviertel Grunewald, wo viele Eigentümer besetzter Häuser wohnen, an die Kirche (und natürlich auch an die Gewerkschaft) appellierte, ihren mäßigen Einfluß einzusetzen. Und in jüngster Zeit predigten Frankfurter Pfarrer von der Kanzel herab Unterstützung mit den 2.700 Arbeiter der Adler-Werke, die wegen Betriebschließung entlassen werden sollen.

Wenn die Kirche also interveniert, so verfolgt sie ein eindeutiges Ziel: Einerseits zu verhindern, daß selbständige organisierte Kampfstrukturen entstehen, andererseits mindestens einen Teil der Kämpfenden vom wirklichen Kampf abzulenken und durch ihre Appelle, durch ihre seichten Reden den Kampfwillen abzustumpfen, Vertrauen in die friedlichen reformistischen Wege zu verbreiten, die Leute zu demoralisieren.

Aber wenn die Bourgeoisie die Kirche verstärken für die Verteidigung ihrer Ordnung gebraucht, so ist dies ein Zeichen dafür, daß weltweit eine soziale Bewegung wieder im Entstehen ist, die nicht mehr allein mit den herkömmlichen sozialen Stoßdämpfern gebremst werden kann. Den proletarischen Avantgarden kommt es zu, das zersetzende Werk der Kirche zu entlarven und zu zerstören zu machen. Das Proletariat hat es nicht nötig, daß man Mitleid mit dem Schicksal seiner Kämpfer hat; es hat die niederträchtige Ideologie der "christlichen Nächstenliebe" nicht nötig, die immer zur Segnung der kapitalistischen Verbrechen diene. Was es braucht, ist die unabhängige Klassenorganisation, um sich auf die kollektive Rache vorzubereiten, die nicht nur den bürgerlichen Henkern, sondern auch ihren "fortschrittlichen Pfaffen" ein Ende bereiten wird.

Ideologisierung der Autonomen. Gerade diese Arbeiterbewegung wird in Zukunft noch deutlicher zeigen, daß - trotz der mutigen und kämpferischen Haltung einzelner Mitglieder der Autonomia - ihre Linie keinerlei Beitrag zur Organisation der proletarischen Klasse leistet. Denn sie wendet sich im Gegenteil an andere soziale "Protagonisten", die zwar viel Lärm um sich machen, aber dafür umso weniger eine Zukunft in der Geschichte haben.

(1) Auf diesen Punkt werden wir in einer der nächsten Nummern zurückkommen.

Krise der „Autonomia“

Fortsetzung von S. 5

schaften schon ausgehandelt hatten. Es kam bei diesem Streik zu einer klaren Spaltung zwischen den Arbeitern und einer anderen "abgesicherten" Schicht, nämlich der Betriebshierarchie (Abteilungsleiter, Meister usw.). Diese wurde ihrerseits mit der Unterstützung der "Bürger" und der "öffentlichen Meinung" auf die Straße geschickt zur berüchtigten Demonstration der 40.000 (siehe "Proletarier" Nr. 12).

Dies ist nur das auffallendste Beispiel einer Entwicklung, die nur noch von den Reserven des Kapitals behindert wird, die es ihm noch erlauben, die Reduzierung von Arbeitsplätzen und andere Verschlechterungen der Lebensbedingungen der Arbeiter weniger drastisch durchzuführen.

Zur gleichen Zeit hat eine andere Entwicklung stattgefunden: Infolge der staatlichen Sparpolitik wird der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen nicht weiter aufgebläht.

Die Arbeitslosigkeit ist für einige Theoretiker der Autonomia weniger ein Produkt der Wirtschaft als eine politische Willensäußerung derjenigen, die soviel "Bewußtsein" haben, die Arbeit abzulehnen und eine "Beihilfe" zu verlangen, und

te einer Arbeiterbewegung immer wieder in Frage gestellt und gerade ein heute wesentliches Ziel, die Bildung eines organisierten Kerns, der in der Lage ist, die anderen Arbeiter zu organisieren, wird behindert. (1)

Die Kampfbewegung der Proletarier (sicherlich nicht nur in den Fabriken) bricht sich heute langsam Bahn im Laufe der immer wieder auflodernden Kämpfe, in die heute noch sehr kleine Gruppen auf der Grundlage von unmittelbaren Interessen hineingezogen werden. Diese Interessen haben nichts zu tun mit den tausend

Kampfmittel Hungerstreik - Kampfmittel Solidarität

Immer häufiger wird in letzter Zeit im Kampf gegen die bestehende Gesellschaft zum Mittel des Hungerstreiks gegriffen: andalusische Ländarbeiter mit ihren Familien, um für Arbeitsplätze und für ein Überleben überhaupt zu kämpfen; ausländische Arbeiter in Holland und Frankreich, um sich gegen Ausweisung zu wehren und die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu erzwingen; politische Gefangene in der BRD, um bessere Haftbedingungen zu erreichen, und in Irland, um die Anerkennung des politischen Status zu erkämpfen. Auch in der Türkei und im Iran sind politische Gefangene in den Hungerstreik getreten.

Dieser allgemeine Rückgriff zur Waffe des Hungerstreiks geschieht nicht zufällig. Angesichts der sich weltweit zuspitzenden Krise des Kapitalismus mit wachsender Arbeitslosigkeit und immer schärferer Repression und Unterdrückung stehen die Kämpfer gegen dieses System noch weitgehend allein. Sie können sich noch nicht auf eine große proletarische Bewegung stützen, sei es, weil diese Bewegung geknackt wird (Türkei, Iran), sei es, weil die allgemeinen politischen Bedingungen für die Übernahme der Forderungen der Hungerstreikenden durch das Proletariat noch nicht vorhanden sind (BRD). Die Hungerstreiks können verschiedene Ursachen haben, sie sind aber im allgemeinen alle durch diese Situation der Isolierung gekennzeichnet.

Der Hungerstreik ist ein verzweifelttes Mittel, diese Isolation zu durchbrechen; es ist die letzte Waffe, um wie z.B. in der BRD den Forderungen nach Erleichterung der bestialischen Haftbedingungen Nachdruck zu verschaffen. Es ist ein Appell an die Solidarität von außen, vor allem an das Proletariat gerichtet.

Das hat natürlich nichts mit "Selbstmordabsichten" zu tun, wie sie die bürgerlichen Hetzkampagnen immer wieder den Hungerstreikenden unterschieben wollen. Wenn sie sterben, sei das ihre eigene Schuld; wer hungert, stirbt eben. Diese ekelhaften Zyniker der Bourgeoisie tun alles, um von der Tatsache abzulenken, daß der Hungerstreik ein Kampf gegen ihre eigene Klassengewalt ist. Die Hungerstreikenden kämpfen für ihr Leben und nehmen dabei das Risiko ihres Todes in Kauf, so wie jeder Kampf das Risiko der Niederlage in sich birgt.

Der Hungerstreik als Kampfmittel kann jedoch nur bedingt angewandt werden. Denn im allgemeinen kann es nicht im Interesse des Proletariats sein, daß seine mutig-

sten Kämpfer ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um sich zu retten. Es wäre aber oberflächlich, dem Hungerstreik heute einfach die klassischen Kampfmethoden des Proletariats, wie den Streik und die Massenkämpfe, entgegenzusetzen; denn man würde die jeweilige Situation völlig außer acht lassen. Es ist die Aufgabe der proletarischen Avantgarden, die Bedingungen zu schaffen, die bessere Kampfmittel erlauben. Es wäre falsch, etwa heute die Hungerstreikenden von höheren Kampfmitteln überzeugen zu wollen. Das könnte nur zu ihrer Entmutigung führen. Es kommt im Gegenteil darauf an, um ihre lebenswichtigen Forderungen eine Solidaritätsbewegung zu mobilisieren, die von außen den notwendigen Druck auf den bürgerlichen Staat ausübt und so zu einer moralischen und materiellen Erleichterung ihrer Lage beiträgt. Dies setzt aber voraus, daß sich diese Solidarität eindeutig auf eine Klassengrundlage stellt. Was das heißt, wollen wir gleich sehen.

Es ist dazu heute notwendig, von der realen Situation der Schwäche auszugehen, um nach und nach die Elemente aufzubauen, aus denen sich die Kraft des Proletariats zusammensetzen wird. Für die Solidarität mit dem Hungerstreik bedeutet dies zunächst einmal, die Mauer des Schweigens, die die Bourgeoisie darüber verhängt, zu durchbrechen bzw. ihren Falschmeldungen und Hetzkampagnen zu begegnen. Dazu ist eine Informationsarbeit nötig (z.B. über die Haftbedingungen und die Forderungen der politischen Gefangenen), verbunden mit einem Aufruf zur Solidarität, der sich nicht allein auf die "scene" beschränkt, sondern an die Arbeiter in den proletarischen Stadtvierteln, den Betrieben usw. richtet. Es geht darum, bei den Proletariern den Klassenhaß gegen die Bourgeoisie anzuspornen und ihnen zu zeigen, wo die Trennungslinie zwischen den Klassen verläuft, d.h. die proletarische Klassensolidarität mit den Brüdern und Schwestern im Knast des Klassengegners anzufachen. Klassenbrüder und Klassen-schwester, die als solche unterstützt werden müssen und denen man die Solidarität nicht deshalb gibt oder verweigert, weil sie Anhänger der Gruppe x oder y sind.

Diese Aufgabe muß erfüllt werden, um die materiellen Bedingungen zu schaffen, damit die Proletarier, die heute zum Mittel des Hungerstreiks greifen, und vor allem die politischen Gefangenen, endgültig nicht mehr isoliert sind,

bzw. damit ihre Freilassung durchgesetzt werden kann.

Es ist ein Fehler, die heutige reale Schwäche einer Solidaritätsbewegung überwinden zu wollen, indem man an Menschenrechtler und Demagogen appelliert, die das organisierte schlechte Gewissen der Bourgeoisie darstellen. Denn in Wirklichkeit - das hat die Erfahrung mehrmals gezeigt - nehmen sie sich des Schicksals der Opfer der Repression nur an, um die Bourgeoisie zu überreden, sich wieder eine humanitäre Maske zuzulegen. Zugleich verhindern sie praktisch die Entstehung einer wirklichen Solidaritätsbewegung, weil sie die Empörung gegen die bürgerliche Unterdrückung in die Bahnen der Appelle und des Gewinns lenken. Sie wollen die Bourgeoisie moralisieren und ihre Opfer, wie das Proletariat insgesamt, demoralisieren. Es kommt nicht primär darauf an, sofort eine große Zahl zu mobilisieren, sondern entscheidend ist die klassenmäßige Qualität der Solidarität.

Die geringe Mobilisierung anlässlich des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der BRD ist weitgehend darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeiterklasse noch nicht mit ihren Forderungen identifizieren kann. Sie konnte sich nicht aus der Zwangsjacke des Opportunismus befreien und wird noch von den Gewerkschaften und der Ideologie des "sozialen Friedens", der immer weniger der Situation entspricht, gelähmt.

In ihrer Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie - sei es der Kampf, in dessen Verlauf sie in die Krallen des Gegners kamen, sei es der Kampf um bessere Haftbedingungen -, kündigen die politischen Gefangenen jedoch die künftige proletarische Bewegung an, und sie werden deshalb vom bürgerlichen Staat vorbeugend und beispielhaft der härtesten Repression ausgesetzt: Sie sind Geiseln in den Händen des Feindes. So müssen die proletarischen Avantgarden in Richtung auf das Proletariat arbeiten; denn für wen sonst baut die Bourgeoisie einen ungeheuren Repressionsapparat auf? Die Bourgeoisie übt vorbeugende Repression gegen das Proletariat aus, das allein die Stärke hat, die der Bourgeoisie schon heute eine solche Angst einjagt.

Eine wirkliche Solidaritätsbewegung muß mit einer langfristigen Perspektive arbeiten. Sie darf sich nicht auf den Zeitpunkt des Hungerstreiks allein beschränken, sondern muß darüber hinaus gehen. Die Schwäche der ansatzweisen Solidari-

tät mit den Gefangenen der RAF zeigte sich auch in ihrer Auflösung bei Abbruch des Hungerstreiks. Der Hungerstreik selbst kann sicherlich der Höhepunkt einer Bewegung sein, durch den sie an Kraft gewinnt. Aber der Kampf gegen die bestialischen Haftbedingungen im besonderen und gegen die Repression und Kriminalisierung im allgemeinen kann und muß kontinuierlich auch ohne Hungerstreik geführt werden. Im übrigen muß es auch für die Hungerstreikenden selbst eine äußerst demoralisierende Wirkung haben, wenn in dem Moment, an dem sie nicht mehr weiter können, auch draußen die Solidarität zusammenbricht, zumal die Bourgeoisie ihre Zusagen erfahrungsgemäß nicht einhält, wenn der Druck nachläßt. Und unter solchen Umständen kostet es eine umso größere Überwindung und Kraftanstrengung, den Kampf später wiederaufzunehmen.

Nur eine langfristige Arbeit kann einen Zusammenhang zwischen der Bewegung draußen und den Gefangenen im Knast herstellen, so daß die Aufnahme eines Hungerstreiks nicht mehr das Produkt einer verzweifelten, isolierten Situation sein muß. Unter solchen Umständen kann die Waffe des Hungerstreiks auch ein Mittel der Mobilisierung und Agitation für eine proletarische revolutionäre Bewegung sein: wenn nämlich der Hungerstreik sich in eine Massenbewegung draußen einfügt.

Dafür gibt es schon heute Beispiele: In Algerien wurden nach den Aufständen von Tizi-Ouzou 24 Proletarier verhaftet. Sofort forderte eine breite Massenbewegung ihre Freilassung. Mit dieser starken Unterstützung von außen nahmen die 24 den Hungerstreik auf, um die freie Wahl des Anwalts und Besuchsrecht für ihre Familien zu fordern. In diesem Fall war der Hungerstreik nicht nur ein defensives Mittel im Kampf gegen die Repression und um Solidarität zu erreichen; er hat auch einen gewissen offensiven Charakter angenommen; denn die Gefangenen haben im Gefängnis eine politische Erklärung abgegeben, die ihre Überzeugung und ihre Solidarität mit der proletarischen Bewegung draußen bekräftigte und so den *Ein-Klang* beider zeigte.

Alle kämpfenden Elemente in der BRD müssen daraufhinwirken, daß ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Hungerstreik und Klassenbewegung entsteht, der imstande sein wird, von der Bourgeoisie die Einhaltung von Zugeständnissen und schließlich die Freilassung der Gefangenen zu erkämpfen.

Welche Irlandsolidarität?

Fortsetzung von S. 1

möglich gehalten, sich mit den Gefangenen zu solidarisieren, ohne ihre spezifischen politischen Positionen zu teilen. Auf dieser Grundlage wird jede Solidarität behindert. Denn das läuft darauf hinaus, entweder den Gefangenen selbst Bedingungen zu stellen, d.h. die Solidarität davon abhängig zu machen, daß eine Übereinstimmung in den politischen Auffassungen besteht, oder den Gefangenen politische Auffassungen und Ziele aufzupropfen und zu unterschieben, die sie nicht haben, um die falsch verstandene Solidarität zu rechtfertigen.

Wenn man die Aufforderung zur Solidarität mit einer fast "automatischen" Unterstützung der jeweiligen Auffassungen der Gefangenen identifiziert (z.B. "Sieg der IRA/INLA"), spricht man wieder nur diejenigen an, die sich mit Guerillavorstellungen oder mit den spezifischen Zielen der IRA oder INLA identifizieren. Man stößt aber diejenigen ab, die diese Vorstellungen nicht teilen, aber durchaus für eine kämpferische Unterstützung der Forderungen der Gefangenen bereit bzw. zu gewinnen wären. Zugleich stellt man keinen Gegenpol dar gegen den Sumpf der humanitären Appelle oder gegen die miesen Entsolidarisierungskampagnen, wie sie in "linken" Blättern wie der TAZ so oft zum Ausdruck kommen. Man verhindert also praktisch eine Ausweitung der Solidarität und arbeitet damit - ohne es zu wollen - dem eigentlichen Ziel entgegen, einen so großen Druck wie nur möglich zu schaffen, um dazu beizutragen, die Forderungen der Gefangenen durchzusetzen.

Das gleiche gilt für diejenigen, die - wie es bei den "Antimperialisten" und ähnlichen Gruppen der Fall ist - eine spezifische strategische Einschätzung der Bedeutung des Kampfes in Nordirland zur Grundlage der Solidarität machen wollen. Demnach richtet sich der Kampf nicht gegen den britischen Imperialismus, sondern gegen die NATO. Von der Unterdrückung durch den britischen Staat und ihrer Bedeutung wird faktisch abgelenkt; der Überlebenskampf der politischen Gefangenen in den nordirischen Knästen wird faktisch nur zur Propagandagelegenheit für das eigene "Anti-Nato-Konzept" gemacht, und diese reine Propaganda tritt an die Stelle

der wirklichen Arbeit zur Verbreiterung und Festigung der Solidarität. Für uns ergibt sich die Solidarität aus dem Kampf der irischen Bevölkerung und der Gefangenen gegen die Unterdrückung durch den britischen Imperialismus, unabhängig von einer Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung mit den weitergehenden politischen Zielen der IRA bzw. der INLA. Dabei ist Nordirland ein Trainingslager, wo sich die internationale Bourgeoisie auf den Knochen der katholischen Bevölkerung auf den allgemeinen Bürgerkrieg von morgen vorbereitet. Was die besondere Solidarität mit den Gefangenen in den H-Blocks angeht, so bedeutet Solidarität die Unterstützung der Forderungen der Gefangenen, namentlich die Anerkennung des politischen Status, und sie setzt allein die Bereitschaft voraus, sich außerhalb der demoralisierenden und vom Kampf ablenkenden humanitären Kampagnen für diese Forderungen gegen den Staat einzusetzen. So kann sich jeder, der sich aus gesunder Empörung der Solidarität gegen die Repression anschließen möchte, am Kampfe beteiligen. Fördert man auf diese Weise eine breite Solidaritätsbewegung, so verzichtet man natürlich keineswegs auf die politische Auseinandersetzung. Diese ist aber so zu führen, daß sie die Solidarität an sich nicht verhindert, sondern von den Bedürfnissen des Kampfes ausgeht und klärend wirkt. Man muß innerhalb wie außerhalb der Solidaritätsbewegung in der Tat dringend lernen, den sektiererischen Standpunkt zu überwinden und zwischen der Propaganda für die eignen Vorstellungen und dem praktischen Beitrag für den Kampf zu unterscheiden.

Zum zweiten stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem Kampf in Nordirland und dem internationalen revolutionären Kampf. Wir haben in Ulster mit einer wirklichen Aufstandsbewegung gegen den herrschenden Staat zu tun. Die weitgehend proletarische katholische Minderheit wird diskriminiert und unterdrückt, sie wird durch die bewaffneten protestantischen Milizen (die den britischen Staat unterstützen) eingeschüchtert und durch britische Kolonialtruppen verfolgt. Ulster ist eine Kolonie Großbritanniens, das sich auf die Protestam-

ten stützt. Diese Tatsachen lassen sich nicht leugnen. Es wäre oberflächlich, der IRA und den irischen Republikanern im allgemeinen Nationalismus vorzuwerfen, ohne die nationale und koloniale Unterdrückung zur Kenntnis zu nehmen. Die katholischen Massen kämpfen bewaffnet gegen den britischen Staat, und auch wenn ihre Führung nicht proletarisch und nicht kommunistisch ist, gilt ihnen unsere Unterstützung. Der Nationalismus richtet sich hier gegen den Staat, während in der BRD z.B. jeder Nationalismus und jede Vermischung nationaler und sozialistischer Perspektive nur zu einer Stärkung des bestehenden Staates führen kann.

Wie kann man dazu beitragen, daß der nationalistiche Horizont und die Vermischung sozialistischer und nationaler Perspektive in Irland überwunden werden? Das Drama der irischen Befreiungsbewegung besteht ja gerade darin, daß sie isoliert ist. Denn das englische Proletariat, das den Schlüssel zur Befreiung Irlands in der Hand hält, bleibt heute gegenüber der kolonialen Unterdrückung in Irland passiv und seine aristokratischen Teile machen mit dem britischen Staat gemeinsame Sache. Dies ist der imperialistische Korruption und dem auf ihr beruhenden Einfluß der Labourpartei und der TUC zu verdanken, die die Unterdrückung Irland voll mittragen. Erst der Kampf des englischen Proletariats gegen den eigenen Staat und für die Befreiung Irlands wird es dem Proletariat Nord- und Südirlands (das durch die Ulster-Frage als Klasse auch in Schach gehalten wird) ermöglichen, sich vom Einfluß des Nationalismus zu befreien. Die unerläßliche Propaganda, um das irische Proletariat für die internationalistische und sozialistische Perspektive zu gewinnen, die ja eine weltweite Perspektive ist, eine Perspektive, die nicht auf einer Insel zu verwickelten ist, diese Propaganda verkommt zur Phrase, wenn man sich nicht zugleich für die Schaffung der materiellen Grundlagen der Überwindung des nationalen Horizonts einsetzt. Dabei wäre es eine defätistische Position, vom irischen Proletariat zu verlangen, auf den Kampf gegen die nationale Unterdrückung zu verzichten. Dies wäre zudem die geeignete Art und Weise, die internationalistische Position zu einem Feigenblatt des englischen Chauvinismus zu degradieren.

Artikel zu

Nordirland

- Ulster - letzte englische Kolonie (in KOMMUNISTISCHES PROGRAMM Nr. 27)
- Long Kesh - Solidarität mit den irischen politischen Gefangenen (in PROLETARIER Nr. 12; der Artikel wurde zum Hungerstreik Ende letzten Jahres geschrieben)

CASABLANCA

Fortsetzung von S. 3

Die Volksmassen fanden sich alleine in ihrem Widerstand gegen die katastrophalen Auswirkungen des Prozesses der Verelendung und kapitalistischen Ausbeutung, der sich zu Beginn der 60er Jahre auf großer Stufenleiter auftrat. Die Erhebung vom 23. März 1965 war eine spontane Erhebung, und nicht einmal das Regime beschuldigte die reformistischen Parteien der Subversion. Heute mehr als jemals zuvor stellt das marokkanische Proletariat mit seinen elenden Lebensbedingungen und seinen Kampftraditionen die einzige soziale Kraft dar, um die sich die proletarisierten und die armen Bauernmassen scharen können. Es handelt sich hierbei nicht um eine theoretische Vorstellung, denn wir sahen, wie sich dies konkret am 20. Juni 1981 verwirklichte. Der Generalstreik der städtischen und Transportarbeiter gab das Zeichen für die armen Massen und die jungen Arbeitslosen, die auf die Straße liefen, um der Losung des Generalstreiks Geltung zu verschaffen und der Polizei entgegenzutreten.

Die wichtigste Lehre, die wir aus den Unruhen vom 20. Juni 1981 ziehen können, ist die Notwendigkeit der Organisation des Proletariats unabhängig von den sozialpartnerschaftlichen Orientierungen der reformistischen Parteien und der Gewerkschaftsbürokratie, damit es imstande ist, die Revolte der armen Massen der Slums zusammenzufassen und sie durch seinen heutigen unmittelbaren Kampf zu mobilisieren, um die dringendsten Forderungen zu erkämpfen, und sie in seinen revolutionären Kampf für die Zerstörung des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems einzubeziehen.

Trotz Repression, Isolierung und Sabotage Zäher Streik der kolumbianischen Seeleute

Seit dem 8. Juli befinden sich im Hamburger Hafen die Seeleute des Frachters "Ciudad de Medellin", der der größten Reederei Kolumbiens, der "Flota Mercante Grancolombiana", gehört, im Streik. Die Seeleute der "Ciudad de Manizales", die nach 19tägigem Streik in Bremen aufgrund der Repressalien die Arbeit wieder aufgenommen hatten, schlossen sich dem Streik wieder an, nachdem das Schiff im Hamburger Hafen festmachte. Zur Zeit befinden sich weitere 13 Schiffe im Streik, und zwar in New York, San Francisco, Panama, Venezuela und Tokio. Die Seeleute sahen sich gezwungen, außerhalb der kolumbianischen Hoheitsgewässer die Arbeit niederzuliegen, weil in Kolumbien seit 35 Jahren Ausnahmezustand herrscht und jeder Streik verboten ist.

Ihre Forderungen lauten:
Wiedereinstellung der 45 Entlassenen; keinerlei repressive Maßnahmen gegen die Streikenden; Lohnerhöhung von 50% (z.Zt. liegen die Löhne der Matrosen zwischen 300 und 600 DM, womit die Sicherung des Existenzminimums ihrer Familien unmöglich ist, zumal die Preissteigerung in den zwei letzten Jahren 75% betrug); Einbeziehung ihrer Familienangehörigen in die Krankenversicherung (z.Zt. weigert sich die Reederei, den Familienangehörigen der Seeleute eine Unterstützung zu geben); Aufhebung des Einfrierens des Dollarkurses für die Pensionäre und die zukünftigen Rentner (die Rente wird z.Zt. um Wechselkurs von vor 15 Jahren ausgezahlt, d.h. für einen US-Dollar 17,50 Pesos, während der heutige Kurs 1 zu 54 beträgt).

Die Antwort der kolumbianischen Reederei war: Kündigung der Arbeitsverträge aller Streikenden, Nichtauszahlung der fälligen Beuer, Androhung von Gefängnis- und Geldstrafen bis hin zur Auslieferung an die kolumbianische Justiz; das kolumbianische Arbeitsministerium hat den Streik für illegal erklärt.

In Kolumbien selbst haben sich ca. 400 Frauen von streikenden Seeleute zusammengefunden und u.a. die Eingänge der Reederei in Buenaventura - einem der wichtigsten Häfen Kolumbiens - in Solidarität mit dem Streik besetzt. Dies alles steht in den Flugblättern der Seeleute, die auch erwähnen, daß die ÖTV den Streik unterstützt und für Verpflichtung an Bord sorgt. Durch ein Solidaritätskomitee fordern sie die Hamburger Bevölkerung zur Solidarität auf.

Was in den Flugblättern nicht steht - und dies ist verständlich, weil die kolumbianischen Seeleute in ihrer Isolierung und durch ihre Gewerkschaft UNIMAR

auf diese Verbindung zur ÖTV angewiesen sind - ist, wie die ÖTV ihre Lage als "Vertreter der deutschen Arbeiter" und ihre Mittel ausnutzt, um jede wirkliche Solidarität zu verhindern und den Streik im Grunde zu sabotieren: die Streikenden dürfen nicht kostenlos bei der Gewerkschaft telefonieren; die ÖTV stellt keine Räume zur Verfügung; sie organisiert keine Solidaritätsveranstaltung, sondern versucht, die Seeleute möglichst an Bord zu lassen, wo sie ihnen Filme über... Kolumbien zeigt; als der Streik für illegal erklärt wurde, ließ sie sich zunächst drei Tage lang nicht mehr blicken; sie warnte die Seeleute, keine Verbindung zu "Kommunisten und radikalen Gruppen" aufzunehmen, sonst würde sie ihre "Unterstützung" zurückziehen!

Eine kleine Gruppe von Kolumbianern versuchte unter diesen schwierigen Bedingungen, ein Solidaritätskomitee zu bilden und am Leben zu erhalten, doch die verschiedenen Gruppen der linken Schickleria begnügten sich damit, ein Flugblatt mit zu unterschreiben. Dieses Unterstützungskomitee versuchte zunächst, die Spendenaufrufe zur Unterstützung der Streikenden mit Appellen an alle "fortschrittlichen und demokratischen Kräfte" und mit Petitionen an die kolumbianische Botschaft, die deutsche Regierung, Parlamentarier usw. zu verbinden. Ohne jeglichen Erfolg, versteht sich, denn bei diesem Streik ist weder für die Parlamentarier noch für die linken Gruppen etwas zu holen. Die Unterstützung muß andere Wege gehen und die deutschen Arbeiter direkt ansprechen!

Trotz weiterer Androhungen seitens der Reederei (vor allem die Schiffe vom Liegeplatz wegschleppen zu lassen, um jede Verbindung mit der Stadt zu verhindern) sind die Seeleute nach zwei Monaten Streik fest entschlossen, ihn weiterzuführen. Die Seeleute brauchen mehr denn je die Unterstützung durch jeden kämpferischen Arbeiter - und die Arbeiter im Hamburger Hafen sind dazu besonders verpflichtet. Sie müssen wissen, daß sie diese Sache nicht der ÖTV überlassen dürfen, sondern in die eigene Hand nehmen müssen. Ob der Streik mit Erfolg zu Ende geführt werden kann oder nicht, er zeigt, welche enorme Arbeit zu leisten ist, damit eine aktive Arbeitersolidarität entsteht, und er zeigt auch - der Natur unserer Klasse entsprechend -, daß diese Solidarität von Anbeginn einen internationalen Charakter hat.

Geht an Bord, um den Streikenden eure Solidarität entgegenzubringen! Spendet für ihren Streik!

Massenabschiebung von Tamilen aus Westberlin Für die Verteidigung des Asylrechts!

Es ist nicht lange her, als sich die deutsche Bourgeoisie im Falle der Flüchtlinge aus Südostasien überschwinglich humanitär ausgab. Bei anderen Flüchtlingswellen spricht sie eine andere Sprache: Diffamierung von Asylsuchenden, Verschärfung des Asylrechts, Visumpflicht, Razzien, Abschiebungen, zuletzt die Abschiebung von über hundert Tamilen, die soeben in Westberlin eingetroffen waren. Die deutsche Bourgeoisie zeigt, daß sie heute weniger denn je bereit ist, jegliche spontane Einwanderungsbewegung zuzulassen, egal aus welchem Grund die Flüchtlinge kommen.

Die Einreise der Tamilen paßte ihr nicht, weil das deutsche Kapital aus ihnen keinen Profit ziehen konnte: weder als Arbeitskraft in der Wirtschaft noch auf politischer Ebene, wie es bei den Vietnamesen der Fall war. Und sie waren zudem umso unerwünschter, als im "Sammellager" von Middelshöhe - einem dieser Konzentrationslager, welche die deutsche Bourgeoisie zunehmend und planmäßig errichtet, um die verschiedenen Schichten des eingewanderten Proletariats besser zu spalten, zu isolieren und zu unterdrücken - vor kurzem eine Rebellion ausgebrochen war. Die Führer dieser Bewegung wurden sofort abgeschoben, bei den anderen wird das Asylverfahren "beschleunigt", um sie schnellstens auszuweisen. Es entspricht der Klassennatur der deutschen Bourgeoisie, wenn sie nun die tamilischen Flüchtlinge der grausamen Repression durch den Staat von Sri Lanka überläßt.

Die Tamilen (3 Mio. gegen 15 Mio. Singalesen) werden in Sri Lanka vom Staat unterdrückt und rassistisch, sozial und religiös diskriminiert. Sie sind Opfer regelmäßiger Prognome. Angesichts der verheerenden Wirtschaftslage schürt der Staat den Chauvinismus gegen die tamilische Minderheit und macht die alteingesessene tamilische Bourgeoisie für die ökonomischen Schwierigkeiten verantwortlich. Das große Opfer sind aber die tamilischen Massen, darunter ein zahlreiches Plantagenproletariat. Viele Tamilen werden unter diesen Bedingungen gezwungen, die Insel zu verlassen, sei es in Richtung Indien, sei es in Richtung Europa.

Wie immer in solchen Fällen zeigen sich die Reformisten empört und fordern den deutschen Staat auf, Solidarität mit den Opfern des singalesischen Staates zu zeigen. Ihre Sache: die Natur dieses Staates, der - wie die Lösung sehr richtig sagt - "bei jeder Schweinerei dabei" ist,

in den Augen der Unterdrückten zu verschleiern und die Solidarität der Unterdrückten auf die Ebene des Appells an den Staat abzulenken.

Was die TLD angeht, die sich rühmt, eine Reaktion gegen den offenen Reformismus der anderen trotzkistischen Organisationen darzustellen, so sind ihre ersten Schritte auf der Ebene der praktischen Aktion charakteristisch: Sie schließt sich allen humanitären Betrugereien von Organisationen wie "Gesellschaft für unterdrückte Völker", "Alternative Liste" und der Bürgerlich-tamilischen Partei TULF (eine offizielle Oppositionspartei auf Sri Lanka, von der sich die Massen glücklicherweise zu trennen beginnen) an, und ihre Flugblätter verzichten auf jede Kritik an diesen Organisationen. Mehr noch, ohne ein Wort gegen die Rolle des deutschen Imperialismus in Südasien und vor allem gegen die Politik der Einwanderungskontrolle und der systematischen Unterdrückung des ausländischen Proletariats in der BRD zu verlieren (die TLD prangert den... "CDU-Senat" an!), stellt sie die Forderung "Für die proletarische Revolution auf dem ganzen indischen Subkontinent" auf, die - ganz abgesehen von der geografischen Einengung - zur Phrase wird, mit der die opportunistische Politik vertuscht wird. Die ganze "konkrete" Aktivität zur Solidarität mit den Tamilen besteht bei der TLD darin, humanitären und reformistischen Organisationen einen "revolutionären" Flankenschutz zu geben.

Stellt das Schicksal der Tamilen auf Sri Lanka den Kommunisten die allgemeine Aufgaben des Kampfes gegen jede nationale Unterdrückung und Diskriminierung, so muß ihre Ausweisung aus der BRD und die Aberkennung ihres Asylrechtes gesehen werden als eine Episode des Angriffs der deutschen Bourgeoisie gegen die ausländischen Arbeiter insgesamt, die infolge ihrer Entrechtung und Diskriminierung als erste von der Offensive des Kapitals getroffen werden. Dies stellt den Kommunisten und allen kämpferischen Proletariats besondere Aufgaben im Kampf gegen den deutschen Staat, um die Reihen des Proletariats zusammenzuschließen und diese Offensive bekämpfen zu können; Aufgaben der Propaganda und der praktischen Organisation in den Reihen der deutschen und eingewanderten Arbeiter.

- Gegen jede Einwanderungskontrolle!
- Gegen jede Diskriminierung der ausländischen Arbeiter!
- Gegen die Abschiebungen!
- Für das uneingeschränkte Asylrecht!

ooo

Plädoyer für eine klassenmäßige Betriebsarbeit

Fortsetzung von S. 1

schaftslinie befanden, bislang von der selben Vorstellung einer Ausnutzung und Eroberung der bestehenden Gewerkschaften und - schlimmer noch - der Betriebsräte geprägt. Der DGB ist ein demokratisches Organ der Klassenkollaboration, er ist keine reine "Staatsgewerkschaft", sondern verfügt über die notwendige Flexibilität, um an die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiter anzuknüpfen, um sie zu neutralisieren und in die Bahnen der Klassenzusammenarbeit zu lenken. Daher die optische Täuschung, man brauche bloß eine andere Politik derselben Gewerkschaft, eine optische Täuschung, die natürlich bedingt wird durch eine genaue gesellschaftliche Situation: an der Basis fast allgemeine Friedhofsruhe einerseits und andererseits die tatsächliche Mobilisierungskraft, das tatsächliche Ansehen eines vorhandenen, ausgebauten, verzweigten und - solange der Wohlstand unumschränkt herrschte - durchaus Brosamen und Zugeständnisse erzielenden Apparates. Die Grenzen und - wenn man will - die Tragik dieser Avantgarden, die in den Betrieben entstanden sind, bringt nur konzentriert zum Ausdruck, was für die ganze Arbeiterklasse gilt: Diese mußte die Brosamen und Zugeständnisse bzw. jeden "Erfolg" mit dem Verzicht auf einen selbständigen Kampf und auf eine selbständige Kampforganisation bezahlen. Und gerade weil diese Organisation fehlt, dieser Pol, an dem die Arbeiter ihre eigene Kraft erkennen würden, fällt es ihnen noch so schwer, auf die sich seit Abschluß der Wohlstandsphase vermehrenden Angriffe des Kapitals zu antworten.

Hier können wir dem Leser einen "Exkurs" nicht ersparen. Wenn diese Avantgarden dasselbe Schicksal der Vereinnahmung durch den Apparat oder des enttäuschenden Rückzugs erleiden mußten, wenn sie von der verheerenden Fixierung auf die Ausnutzung der bestehenden Institutionen völlig beherrscht wurden - und dies trotz der gesunden Instinkte und Impulse, die

sie ursprünglich zum Ausdruck brachten - so hängt dies damit zusammen, daß sie darin durch die herrschenden, auch "linken" Theorien gestärkt wurden, daß eine organisierte politische Strömung mit einer revolutionären, den Tatsachen entsprechenden Einschätzung der vorhandenen Kräfte und der gegebenen historischen Lage, d.h. die marxistische Partei, fehlte.

Im Gegensatz zum Pessimismus der Enttäuschten und zum oft schweinschen Zynismus derjenigen, die sich von der gegnerischen Seite einfangen ließen und völlig zu ihrem Instrument geworden sind, sind wir bereit, mit unerschütterlichem Optimismus für die Betriebsarbeit wieder eine Lanze zu brechen.

Dies hängt natürlich zunächst damit zusammen, daß wir Marxisten und Revolutionäre sind (was übrigens dasselbe ist). Wir gehen also davon aus, daß unsere Ziele ohne eine Betriebsarbeit, oder besser gesagt ohne eine gewerkschaftliche Arbeit nicht zu erreichen sind: "Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen." (Karl Marx "Lohn, Preis, Profit")

Aktuell hängt der Optimismus sicherlich auch mit den Erfahrungen zusammen, die wir und andere kämpferische Arbeiter in verschiedenen Ländern gemacht haben, wo die sozialen Spannungen größer sind als in Deutschland, die aber damit unsere Zukunft hier vorwegnehmen.

Auch in Deutschland mehren sich die tagtäglichen Zusammenstöße mit dem Kapital, allerdings zunächst vom Kapital ausgehend, das sie zugleich immer weniger durch "Sozialpläne" und in seinem berühmten "sozialen Netz" auffangen kann. Die Zeichen in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit stehen auf Sturm. Es genügt, an einem x-beliebigen Tag die "Tagesschau" zu sehen oder eine Zeitung zu lesen. Und parallel dazu gibt es noch die allge-

meine politische Unsicherheit infolge wachsender imperialistischer Gegensätze: Einerseits "Neue Reformen, um die alten abzuschaffen", andererseits "Das Ende der Gleichgewichte", um die Überschriften zweier Leitartikel unserer letzten Ausgaben zu zitieren. Diese materielle Entwicklung schafft von den Bedürfnissen und von der allgemeinen Stimmung her die Notwendigkeit des Abwehrkampfes und damit einhergehend die Notwendigkeit, sich für diesen Kampf außerhalb der Kontrolle durch die Träger der sozialen Partnerschaft zu organisieren. Die "Betriebsarbeit", die damit verbunden ist, ist eine harte und zunächst noch lange Zeit eine unscheinbare Kleinarbeit (und natürlich ist sie von der Tendenz her und soweit wie möglich überbetrieblieh). Sie ist materiell eine harte und mühselige Sache, weil man sich auf keinen Apparat stützen kann, sondern diesen "Apparat", die betriebliche und überbetriebliche Organisation, die solidarische Bindung zwischen den kämpferischen Arbeitern, erst aufbauen muß, da die Kanäle (ob Gewerkschaften oder Betriebsräte) die Verbindungen nicht herstellen, sondern verstopfen, und selbst den Erfahrungsaustausch nicht ermöglichen, sondern fast nur lähmen. Sie ist aber auch auf der Ebene der Auseinandersetzungen um die Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes schwierig, denn man muß der erwartbaren klassenkämpferischen Demagogie der Gewerkschaften entgegenreten und zugleich die nicht minder erwartbaren unüberlegten Reaktionen auf die Schweinereien der Gewerkschaften bekämpfen, Reaktionen, die darauf hinauslaufen, die Notwendigkeit des ökonomischen Kampfes und einer dauerhaften Organisation für diesen Kampf zu leugnen.

Dabei kann man sich aber nicht allein auf eine materielle Entwicklung stützen, die den Abwehrkampf zwangsläufig hervorrufen wird, sondern auch auf eine mehr oder weniger bereits durchgemachte Entwicklung. Denn die schmerzliche Erfahrung mit der "Betriebsarbeit" der letzten Jahre hat nicht nur zum Verrat, zur Lähmung, zur Kapitulation, zum Frust, zur Privatisierung, zu all diesen Erscheinungen geführt, für die die TAZ und verschiedene "linke" Blätter tagtäglich Lanzen brechen.

Sie hat im Gegenteil auch zu mehreren Ansätzen geführt, die gemachten Erfahrungen zu verarbeiten, die Illusionen zu überwinden, aber nicht um sich zynisch zu etablieren oder desillusioniert das Tuch zu werfen. Eine dritte Tendenz wird zunehmend sichtbar, die Tendenz, sich mühsam von der Illusion des Vertrauens in gewerkschaftliche Institutionen (insbesondere Betriebsräte), sowie von der Illusion einer unmittelbar politischen Mobilisierung der Kollegen freizumachen. Hier sei als Beispiel dafür zitiert, was ein Teil der GOG-Bochum im "Rundbrief" Nr. 31 schreibt: "Die Erwartung, daß der Betriebsrat den Kampf der Kollegen unterstützen könnte, weil er z.B. bessere Möglichkeiten hat, an Informationen zu kommen oder - wegen seiner Beweglichkeit im Betrieb - Koordinationen herzustellen, erfüllt sich also meistens nicht, weil das grundlegend seiner Situation als Betriebsrat widerspricht. Außerdem besteht das Problem, daß der Betriebsrat auch schon eine bestimmte Abgehobenheit hat. Wenn nicht schon unten bei den Kollegen ein bestimmter Zusammenhang besteht, der die Informationen, die da vom Betriebsrat kommen auch aufnehmen, diskutieren und verarbeiten kann, bleibt das eine aufgesetzte Sache, ein erster Schritt, um die Konflikte von den Kollegen wegzunehmen, auf die Betriebsratsebene zu heben, zu managen..." Wir können nicht wissen, wie sich die GOG-Bochum und andere Gruppen weiter entwickeln werden. Unabhängig davon werden aber hier auf der Grundlage einer langjährigen und sehr reichen Erfahrung mit der Betriebsarbeit Lehren gezogen, die eine sich vollziehende Tendenz darstellen. Diese Erfahrung und diese Lehren bilden außerdem einen konkreten Bezugspunkt, an den die neuen Kämpfer, die im kommenden Abwehrkampf gegen die Offensive des Kapitals auftreten werden, anknüpfen können.

Blickt man über den heutigen Tag und die TAZ hinaus, so gehört der "Frust" wegen der "Betriebsarbeit" mit zum Schicksal von politischen Strömungen, die, wie es vorprogrammiert war, abgewirtschaftet haben; und er gehört einer Phase an, zu deren endgültigen Abschluß man nicht genügend beitragen kann.